Das Problem der Industrialisierung und die Kapitalbeschaffungsfrage in Rußland.

(Teildruck)

Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung der Doktorwürde

genehmigt von der Philosophischen Fakultät

der

Friedrich-Wilhelms-Universität

zu Berlin

von

Leon Rajcyn

aus Rostow a. Don.

Tag der mündlichen Prüfung: 26. Februar 1931

Tag der Promotion: 12. Juli 1933.

Druck von Gebrüder Hoffmann, Charlottenburg, Schillerstraße 44.

20

Referenten: Prof. Dr. Hermann Schumacher
Prof. Dr. Ludwig Bernhard.

R. UNIV.
BIBLIOTHEEK
LEIDEN

Inhaltverzeichnis.

	Seite
1. Kapitel: Industrialisierung der Volkswirtschaft	5
2. Kapitel: Industrialisierung Rußlands bis zum Beginn des Weltkrieges	5
3. Kapitel: Die Industrialisierung der Sowjet-Union und ihre Triebkräfte	8
4. Kapitel: Die Vorbedingungen der Industrialisierung der Sowjet-Union	13
I. Abschnitt: Das Problem der Kapitalbeschaffung	13
I. Ausländische Kapitalquellen	13
II. Die Selbstfinanzierung der Sowjet-Industrie	16
III. Die Finanzierung der Staatsindustrie aus den Staats- und Lokalbudgets	18
IV. Die Finanzierung der Sowjet-Industrie aus dem Kreditapparat	48
II. Abschnitt: Die Industrialisierung der U.S.S.R. und das Problem der Arbeitskraft	49
III. Abschnitt: Die Industrialisierung der U.S.S.R. und das Problem des Absatzmarktes	49
Schlußwort	51

Vorwort.

Dieser Abdruck stellt nur einen **Teildruck** meiner 287 Schreibmaschinenseiten langen Dissertation dar. Die Arbeit war 1930 abgeschlossen. Die umfangreiche Bibliographie (ca. 35 Seiten) in dem Munuskript meiner Dissertation ist systematisch eingeordnet, so daß jeder Abschnitt und sehr viele Unterabschnitte ihre eigene Bibliographie erhalten haben.

1. Kapitel: **Industrialisierung der Volkswirtschaft.**

Der Prozeß der Industrialisierung — d. h. das Wachsen des Anteils der Industrieproduktion an der gesamten Produktion des Landes hat seine Triebkraft in der günstigen Konstellation der Preise der Produktionsfaktoren, die in ihrer Kombination dem Unternehmer eine höhere Rentabilität in der Industrie als in einem anderen Wirtschaftszweige versprechen. Diese höhere Rentabilität kann sich in der Marktwirtschaft aus dem freien Spiel der Wirtschaftskräfte ergeben, kann aber auch durch die wirtschaftspolitischen Interventionen des Staates absichtlich herbeigeführt werden. In der sowjetischen gebundenen „Planwirtschaft" ist diese Frage der relativen Rentabilität der Wirtschaftszweige fast vollständig außer acht gelassen und ersetzt worden durch die rein außenpolitische oder sozialpolitische „Zweckmäßigkeit".

2. Kapitel: **Die Industrialisierung Rußlands bis zum Beginn des Weltkrieges.**

Die Industrialisierung im Vorkriegsrußland ging relativ langsam vor sich, da die Vorbedingungen dieses Prozesses nicht gegeben waren: es fehlte an qualifizierter Arbeitskraft, an genügenden Kapitalmengen und es fehlte der Absatzmarkt für Industrieerzeugnisse. Das ist seinerseits ein Zeichen der Volksarmut gewesen und letzten

Endes ein Zeichen des Rückstandes des allerwichtigsten Wirtschaftszweiges des Landes: der Landwirtschaft.

Wohl gab es (und wird noch lange Zeit geben) in Rußland freie Arbeitskräfte in übermäßiger Menge; darin drückte sich die bekannte russische Erscheinung, die relative landwirtschaftliche Uebervölkerung, aus. Die Extensität und Einseitigkeit (hauptsächlich Getreideanbau) der russischen Landwirtschaft führte dazu, daß der russische Bauer seine eigene Kraft nicht voll ausnutzen konnte. Die Beschäftigungskurve des russischen Bauern hat zwei hohe Spitzen, im Frühling zu der Aussaat und am Ende des Sommers, zur Zeit der Ernte. Millionen erwachsener, in Armut lebender Menschen wurden alljährlich zu vielen Monaten erzwungener Muße verurteilt. Ein Teil dieser freien Arbeitskräfte suchte im Winter eine Beschäftigung in den Städten. Aber die noch wenig entwickelte Industrie konnte nur eine kleine Abhilfe schaffen. Die Extensität und Einseitigkeit einerseits und die rückständigen (Dreifeldersystem mit Brache) landwirtschaftlichen Methoden verschuldeten die niedrigen Erträge der Landwirtschaft. Diese niedrige Produktivität führte bei starker Bevölkerungsvermehrung zu der bekannten sog. „relativen Uebervölkerung der russischen Landwirtschaft". Die unzähligen kleinen Bauernbetriebe hatten fast durchweg geschlossene hauswirtschaftliche Form. Man hat angenommen, daß diese mit fortschreitender Vermögensdifferenzierung innerhalb des Bauerntums verschwinden würde. Die Wirklichkeit zeigte aber, daß das Tempo dieses Differenzierungsprozesses im Verhältnis zum gewaltigen Tempo der Bevölkerungsvermehrung allzu langsam war. Unter dem Druck des Familienzuwachses zersplitterten sich die schon ohnehin kleinen Bauernbetriebe immer weiter. Bei fast unveränderten Wirtschaftsmethoden bedeutete das einen fallenden Ertrag pro Kopf der Bevölkerung, d. h. wachsende Armut.

Die sich gewaltig vermehrende Bevölkerung, die Rückständigkeit und fortschreitende Zersplitterung der Bauernbetriebe drohte dem russischen Reiche mit einer gefährlichen Perspektive: Vernichtung der Ueberschußwirtschaften in der Landwirtschaft, permanente Hungersnöte auf dem Lande und in den Städten, Aufhören der landwirtschaftlichen Exporte, passive Handelsbilanz usw. Der städtischen Industrie drohte das Versiegen der heimischen Quellen der landwirtschaftlichen Rohstoffe und eine Zusammenschrumpfung

des Absatzfeldes durch weitere Ausdehnung der geschlossenen hauswirtschaftlichen Form in der Landwirtschaft.

Neben der fehlenden qualifizierten Arbeitskraft und der schwachen Kaufkraft der Landbevölkerung, d. h. dem fehlenden Absatzmarkte, fehlte es noch an sicheren Kapitalbeschaffungsmöglichkeiten, was den Industrieprozeß im Vorkriegsrußland außerordentlich stark hemmte. Die damalige russische Industrie, die zum großen Teil dem ausländischen Kapital das Leben verdankte, bedurfte sicherer inländischer Kapitalquellen und nicht der labilen, von politischen Ereignissen beeinflußten, unregelmäßig fließenden Auslandsquellen. Das fehlte aber und die Ursache dazu ist wiederum in der oben erwähnten Armut der überwiegend landwirtschaftlichen Bevölkerung Rußlands zu suchen.

Die gesunde Industrie kann sich nur auf der Basis einer gesunden Landwirtschaft entwickeln.

Das prekäre Problem der „relativen Agrarübervölkerung" und das Problem der landwirtschaftlichen Ueberschußwirtschaften hätte man nur auf zwei Wegen lösen können: 1.) in denjenigen Gebieten, wo die klimatischen Verhältnisse und die Verhältnisse des Absatzmarktes es erlaubten, sollte man den Bauern anspornen, von der extensiven, einseitigen zur arbeitsintensiven, vielseitigen („diversification") Wirtschaft überzugehen. Dadurch hätte man der oben erwähnten Beschäftigungskurve ihre gefährlichen Spitzen abgebogen und die Arbeitskraft voller ausnutzen können. Auf diesem Wege standen Hindernisse: der blinde, unbegründete Traditionalismus der analphabeten Bauern, die sich zu altväterliche Wirtschaftsmethoden festklammerten und dann die berüchtigte „Obschtschina-Verfassung", die mit ihrer periodischen Boden-Neuverteilung in dem Landwirt jedes Interesse für intensive Bewirtschaftungsmethoden tötete.

2.) Der zweite Weg, auf dem man die Lösung des Problems der Ueberschußwirtschaften erzielen konnte, war für diejenigen Gebiete geeignet, die aus klimatischen oder anderen Gründen nur eine extensive Landwirtschaft betreiben konnten. Hier sollte die schnell fortschreitende Vermögensdifferenzierung eine Lösung dieses Problems bringen. Der starke Bauer mußte noch stärker werden und den schwächeren vom Boden verdrängen. Der so proletarisierte Bauer sollte dann sein Glück in anderen Gewerben versuchen.

Erst nach der Revolution 1905 greift man zu Reformen (Stolypin'sche Reformen), die die fortschrittfeindliche „Obschtschina" zu zerschlagen, den gesunden Prozeß der Differenzierung auf dem Lande zu begünstigen und die weitere Vernichtung der Ueberschußwirtschaften in der Landwirtschaft zu unterbinden versprachen. Mit der Gesundung der Landwirtschaft sollten die Vorbedingungen einer normalen Industrialisierung geschaffen werden.

Der Weltkrieg aber unterbrach jede normale Entwicklung und die Oktober-Revolution stellte das Land vor eine neue Situation. Die oben beschriebenen Probleme blieben aber bestehen und harren noch einer Lösung.

3. Kapitel: **Die Industrialisierung der Sowjet-Union und ihre Triebkräfte.**

Die wirtschaftliche Entwicklung der Sowjet-Union kann man in drei Perioden teilen:

Die erste Periode umfaßt die Jahre 1918 bis 1921. Getrieben einerseits von der Not des Bürgerkrieges, andererseits aber beseelt von dem Wunsch, ihr kommunistisches Programm durchzuführen, versuchten die Bolschewisten in diesem Zeitabschnitt ein „Wirtschaftssystem" zu verwirklichen, in dem die zentralisierte und „gerechte" (gleiche Rationen) Verteilung der vorhandenen Produkte die Hauptrolle spielte. Da das Geld und die Tauschwirtschaft als überwunden galten, so verzichtete man auf jegliche Rentabilitätsrechnung in der Produktion. Die Landwirtschaft, die aus selbständigen Bauern bestand, war nicht so leicht in den Kreis dieses Systems einzubeziehen. Sie verzichteten auf jede Tauschbeziehung mit der Stadt und wichen nur dem Maschinengewehrfeuer. Die verbürokratisierte Industrie, die es mit verhungernden, wenig leistungswilligen Arbeitern zu tun hatte, produzierte sehr schlecht und wenig. Und was die Hauptsache war: man hatte keinen Halt an der Selbstkostenrechnung. Hunger und Chaos herrschten im Lande.

Im Frühjahr 1921 proklamierte man die „Neue ökonomische Politik" — („Nep"). Diese zweite Periode der wirtschaftlichen Entwicklung der Sowjet-Union dauerte bis ungefähr 1926/27. Das Wesentliche an dieser neuen Politik war die Wiedereinführung des freien Handels, was die Bauern von der Angst vor der Requirierung

ihrer Produkte befreite und zum Wiederaufbau anspornte. Aus der freien Marktwirtschaft und freien Preisbildung folgte die Notwendigkeit, eine genaue Selbstkosten-, Rentabilitäts-, Gewinn- und Verlustrechnung in der Industrie wieder zu Ehren zu bringen, was auch bald geschah. Der wirtschaftliche Kreislauf kam allmählich in Bewegung. Der private Händler und Industrielle behauptete sich erfolgreich und schnell neben den starren Staatsbetrieben. Die Staatsindustrie konnte noch für ihre Erzeugnisse relativ hohe Preise nehmen und so auf Kosten hauptsächlich der Bauern („landwirtschaftliche Preisschere") ihre stehenden und beweglichen Kapitalien erweitern.

Darauf folgt aber eine neue Wendung (die dritte Periode) in der Wirtschaftspolitik der Sowjetunion. Die Konkurrenz der privaten Händler und Industriellen wird für die Staatsbetriebe immer lästiger. Auch verstehen die Machthaber, daß der individualistisch gesinnte und jetzt erstarkte Bauer bald seinen Anteil an der Regierungsmacht fordern und die Frage über Heiligkeit des Privateigentums stellen wird. Auch fühlt man, daß der Bauer sich bald von der „Preisschere" und somit von dem Aussaugen seitens der Industrie befreien wird, indem er einfach auf die wenig dringenden Tauschbeziehungen mit der Stadt verzichtet und somit die städtische Bevölkerung dem Hunger preisgibt. Um allen diesen Gefahren zu entgehen, drehen die Bolschewisten das Ruder des Regierungsschiffes wieder einmal nach links und fangen mit der großen „Liquidation der Nep-Politik" an. Diese dritte Periode der sowjetischen Wirtschaftspolitik setzt mit dem Jahre 1926/1927 an und dauert noch bis zum heutigen Tage. Sie zeichnet sich durch die allmähliche Ausschaltung der freien Marktwirtschaft und durch die Einführung der „Planwirtschaft" aus. Der private Händler und Industrielle wird durch steuerliche und administrative Maßnahmen erwürgt, die freie Preisbildung unterbunden. Die Preise aller Industrie- und Agrarprodukte werden fixiert auf einer Höhe, die eine außerordentlich hohe Kapitalakkumulation für die rasche Industrialisierung gewährleistet. Den wachsenden passiven Widerstand der Bauern, die sich von der Ausplünderung durch die Industrie und die Stadt in das Schneckenhäuschen der geschlossenen Hauswirtschaft zurückgezogen, glaubte man damit parieren zu können, daß man die „Kollektivierung der Landwirtschaft" im Expresstempo

durchführte. Die gesamte Wirtschaft des Landes wurde von einem in der Zentralstelle ausgearbeiteten Plan erfaßt. Nach diesen Plänen soll produziert und verteilt werden. Die Ausschaltung der Marktwirtschaft und die Fixierung der Preise hat aber bald ihre wirtschaftlich logischen Folgen: Negierung jeglicher Wirtschaftsfreiheiten (Konsumfreiheit und Freizügigkeit der Arbeitskraft) und somit die Einführung einer vollkommenen Zwangs-„Wirtschaft". Diese letzte Wirtschaftsperiode unterscheidet sich aber von der geldlosen „Verteilungswirtschaft" der Jahre 1918/1921 dadurch, daß man das Geld als Rechnungsgrundlage behält und den Selbstkosten- und Rentabilitätsrechnungen formell große Bedeutung zumißt. (Daß in der Praxis aber auf diesem Gebiete stark gesündigt wird, werde ich noch weiter ausführen).

Es ist eine große Frage, ob man die heutige Produktion und Verteilung in der Sowjet-Union als Wirtschaftsordnung ansehen darf. Es gibt da meiner Meinung nach weder Wirtschaft noch Ordnung. Eine Wirtschaft ist nur dann da, wenn zwischen dem Bedarf und der Deckung eine Harmonie gefunden wird, die den größtmöglichen Nutzen gewährleistet. In der freien Marktwirtschaft ist es der Preis, der diese Harmonie herbeiführt, der für die Gesellschaft als Regulator der Produktion auftritt. Die Gesellschaft, die ihre Mitglieder je nach der Größe ihrer wirtschaftlichen Leistungen bewertet und dementsprechend mit einer Kaufkraft ausstattet, gibt ihnen damit auch das Recht, mit anderen Gesellschaftsmitgliedern um die Deckung ihrer Bedürfnisse zu konkurrieren. In dieser Konkurrenz der Bedürfnisse um die knapp vorhandene Deckung entstehen die Bewertungsgrößen — die Preise. Aendert sich die Rangordnung der unter sich konkurrierenden Bedürfnisse oder ändert sich etwas in den Deckungsmöglichkeiten, dann ändert sich auch der Preis, was auch mehr oder weniger schnell die Aenderung der Produktion und der Konsumtion nach sich zieht. Eine wahrhaft bewundernswerte Ordnung und ein Plan in dieser scheinbar „planlosen, kapitalistischen" Wirtschaft!

Nun aber glauben die Sowjetmachthaber auch eine Wirtschaftsordnung aufgebaut zu haben, die einen von vornherein bewußt ausgearbeiteten Plan zur Grundlage hat und in der eine den größtmöglichen Nutzen für die gesamte Gesellschaft gewährleistende Harmonie zwischen Bedarf und Deckung gefunden sei. Man kann

aber bestreiten, daß die Gesamtheit der sowjetischen Betriebe wirklich nach einem Plan arbeiten, oder daß sie im Produktionsprozesse alle miteinander harmonisch geordnet zusammengefaßt sind. Wie lächerlich die Behauptung ist, es gäbe in der Sowjet-Union eine Planwirtschaft! Die Pläne existieren nur auf dem Papier. Erst aus dem Kopf eines Planeurs entsprungen, ist der Plan schon veraltet und wird ad acta gelegt! Für eine wahre Planwirtschaft fehlen in der Sowjet-Union (wie auch für die übrige Welt) die nötigsten Voraussetzungen: erstens: die Kenntnis der Gegenwart und Vergangenheit, d. h. schnellarbeitende, allumfassende Statistik, d. h. Uebersicht über einen kolossalen Komplex der Betriebe und zweitens: die Kenntnis der zukünftigen Veränderungen in der Gesellschaftswirtschaft, d. h. die Prognose — Voraussicht.

Das Produktions- und Verteilungssystem der Sowjet-Union ist somit keine Planwirtschaft! Auch leidet sie unter Wirtschaftsschwankungen und Krisen (z. B. 1925 oder die ab 1932). Also genau wie die „anarchische, kapitalistische" Wirtschaft! Der Unterschied ist der, daß die Krisen der „Planwirtschaft" viel schwieriger sind, weil die Disproportionalitäten des zentralisierten, schwer lenkbaren riesigen Betriebskörpers viel gefährlicher sind, als die Disproportionalitäten der relativ dezentralisierten freien Marktwirtschaft.

Es ist aber außerdem fraglich, ob die sowjetische „Wirtschaft" eine wahre Wirtschaft ist! Der gebundene Preis führt in der Sowjet-Union nur ein formelles Dasein. Er ist, wie schon gesagt, nur eine formelle Grundlage der Selbstkostenrechnung. Die Funktionen des Preises der freien Marktwirtschaft soll in der Sowjet-Union die zentrale Planstelle ausüben. Dazu müßte sie wahrhaftig die göttlichen Eigenschaften der Allmacht, des Allwissens und der Allgegenwart besitzen. Vor allem müßte sie die Rangordnung der Bedürfnisse der Gesellschaft für Gegenwart und Zukunft wissen. Gerade aber das ist ein Ding der Unmöglichkeit. Deshalb behaupte ich, daß die Sowjet-„Wirtschaft" auch keine Wirtschaft sei! Man produziert und konsumiert dort nicht das, was die Bevölkerung benötigt, sondern das, was der Plandiktator seinem Geschmack und seiner Lebensgewohnheit nach für richtig hält. Der Konsument, d. h. jeder Einwohner der U. S. S. R. ist de-

Willkür des Plandiktators ausgeliefert. Das ist keine Volkswirtschaft — das ist ein Zwangs-Kasernenbetrieb.

Welche Veränderungen hat im Laufe dieser 15 Jahre die Produktion der Industrie und der Landwirtschaft der Sowjet-Union aufzuweisen? Nach dem katastrophalen Niedergang beider Zweige in den Jahren der „heroischen Periode" des reinen Kommunismus (1918—1921) vollzieht sich mit der Erklärung der „Nep" ein gewisser Wiederaufbau. Die Landwirtschaft weist zuerst schnelle Erfolge auf, aber schon seit dem Jahre 1926/27 zeigt der Bauer Zeichen seiner Abneigung vor dem Tauschverkehr mit den Städten und der Sowjet-Industrie. Die darauf einsetzende Kollektivisierungspolitik endet mit dem heute schon evidenten Ruin der Landwirtschaft und der Hungersnot der gesamten Bevölkerung.

Die Industrie erzielte ebenfalls gewisse mengenmäßige Erfolge. Die Behauptung der kommunistischen Literatur, man habe schon im Jahre 1926/27 das Vorkriegsniveau überschritten, ist aus vielen Gründen irreführend, hauptsächlich aber, weil in diesen Berechnungen die ungeheuer schlechte Qualität der Produkte der Sowjet-Industrie unberücksichtigt gelassen wird. Die Industrialisierung des Landes, die die Sowjet-Regierung seit dem Jahre 1926/27 besonders eifrig durchsetzt, findet ihren Ausdruck in folgende Zahlen: der Anteil der Industrieproduktion an der gesamten Netto-Produktion der Volkswirtschaft stieg von 29,0 % im Jahre 1925/26 auf 37,1 % im Jahre 1930; der Anteil der Landwirtschaft fiel dagegen von 49,3 % auf 35,9 %! In diesem Prozeß der Industrialisierung sind einige Eigentümlichkeiten hervorzuheben, nämlich die Groß-Industrie, die Produktionsmittel-Industrie und die vergesellschaftlichte Industrie wird bevorzugt und hochgetrieben, dagegen die Klein-, Konsummittel- und Privat-Industrie bewußt zurückgehalten. Die Industrialisierungspolitik wird seitens der Sowjet-Regierung folgendermaßen motiviert:

1.) Die Notwendigkeit der militärischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit, 2.) die Erweiterung der die Sowjet-Regierung unterstützenden Basis, der industriellen Arbeitermasse, 3.) das letzte und m. E. wichtigste Argument ist die Industrialisierung als ein Mittel — eins unter vielen — zur Beseitigung der ungeheuren relativen Uebervölkerung der russischen Landwirtschaft.

4. Kapitel: **Die Vorbedingungen der Industrialisierung der Sowjet-Union.**

Jede Industrialisierung verlangt die Erfüllung drei wirtschaftlicher Vorbedingungen: das Vorhandensein genügend großer 1.) Investierungsmittel (Kapital), 2.) Arbeitskraft, 3.) Absatzmarktes.

I. Abschnitt: Das Problem der Kapitalbeschaffung.

Die Kapitalien, die die Sowjet-Regierung zur Verwirklichung ihres Industrialisierungsprogramms benötigte und mit raffiniertesten Zwangsmethoden dem Lande abpresste, erreichen märchenhafte Dimensionen. (s. Tabelle S. 14).

In immer wachsendem Tempo stiegen die Summen der Investitionen in die Industrie und erreichten im Jahre 1931 die 10 Milliarden-Grenze. Wenn man von den im Laufe der letzten $8^1/_4$ Jahren investierten 26 Milliarden Tsch.-Rubel die Amortisationsbeträge abzieht, so wird man behaupten können, daß die Sowjet-Industrie innerhalb dieses Zeitabschnittes ihr Vermögen um ca. 22,5—23 Milliarden Tsch.-Rubel vermehrt hat, was die im Jahre 1923/24 vorhandene Kapitalmenge der Industrie mehr als vervierfachte. (Daß diese riesigen Investitionen eine Verschwendung des Volksvermögens darstellen und daß die Steigerung der Leistungen des Industrie-Apparates keinesfalls diesen Investitionen entspricht, — darüber später noch weiter).

Diese Kapitalmengen, die die Sowjet-Regierung nicht nach dem Rentabilitätsprinzip der sich automatisch regulierenden freien Marktwirtschaft, sondern „planmäßig" nach dem „Prinzip der Zweckmäßigkeit" (d. h. in Wirklichkeit nach der Willkür des den Plan der Wirtschaft bestimmenden Planeurs) verteilt, entspringen verschiedenen Kapitalquellen. (siehe Tabelle S. 15).

Aus dieser Tabelle ersehen wir die im Laufe der letzten 8 Jahre erfolgten Veränderungen des Anteils der verschiedenen Kapitalquellen an den gesamten Kapitalbeschaffungen der Sowjet-Industrie, wobei das allerwichtigste bei diesen Veränderungen die katastrophale Abnahme der „Selbstfinanzierungsquelle" im Jahre 1931 u. ff. und die Zunahme der Finanzierungen aus den Staatsbudgets ist.

Wenn wir von den (I) ausländischen Kapitalquellen absehen, da sie in der heutigen Wirtschaft Rußlands eine „quantité

(Der jährliche Zuwachs in Mill. Tsch. Rbl.).

Kapitalquellen	1923/24		1924/25		1925/26		1926/27		1927/28		1928/29		1929/30		Sonderquartal 1930		1931	
	in Mill. Tsch. Rbl.	in %	in Mill. Tsch. Rbl.	in %	in Mill. Tsch. Rbl.	in %	in Mill. Tsch. Rbl.	in %	in Mill. Tsch. Rbl.	in %	in Mill. Tsch. Rbl.	in %	in Mill. Tsch. Rbl.	in %	in Mill. TschRbl.	in %	in Mill. TschRbl.	in %
Der jährliche Zuwachs:																		
1. der ausl. Kredite[1])	—	—	68	5,3	62	4,0	45	2,5	60	2,7	?	?	?		?		?	
2. der industriellen Selbstfinanzierungen	124	17,8	548	42,4	715	46,4	600	33,7	792	35,7	1155	45,2	2022	45,5	560	30,0	839	8,2
davon:																		
a) aus eigenen Gewinnen	60	—	284		374		222		295		685		ca. 1576		ca. 407		ca. 196	
b) aus Amortisationsbeträgen	ca. 60	—	ca. 260		ca. 320		ca. 380		ca. 490		ca. 470		ca. 446		ca. 153		ca. 643	
3. Die Auflösung der eigenen industr. Reserven[2])	2	0,3	—	—	17	1,1	85	4,7	45	2,0	—	—	?		?		?	
4. der Finanzierungen aus den Staats- und lokalen Budgets	110	15,8	115	9,1	341	22,0	531	30,0	664	29,9	934	36,5	1800	40,4	8275	44,0	6485	63,6
5. der Bankkredite[4])	461	66,1	558	43.2	405	27,2	518	29,1	666	30,0	471	18,4	380	8,5	435	23,1	2858	28,1
Insgesamt:	697	100,0	1292	100,0	1540	100,0	1779	100,0	2227	100,0	2560	100,0	4455	100,0	1882	100,0	10180	100,0

1) Aus der Publikation der „W. S. N. Ch. der USSR." — „Die Konjunktur der Industrie im Jahre 1927/28" (russ.) Verlag: „Gostechisdat" Moskau 1928, S. 92.

2) Die Daten für die Jahre 1923/24 bis einschl. 1927/28, ebenda. — Die Daten für das Jahr 1928/29 aus „Kontr. Ziff. . . . f. d. Jahr 1929/30" S. 101 u. 510. Die Daten für die Jahre 1929/30 und ff. aus „Plan. chos." 3 (1932) Seite 150.

3) Die Daten für die Jahre 1923/24 und 1924/25 aus ebenzitierter Publikation „Die Konjunktur . . . usw.", S. 92.
Die Daten für die Jahre 1925/26 bis einschl. 1927/28 aus N. P. Brjnchanow (Volkskommissar der Finanzen — „Der wirtschaftl. Aufstieg der S.-Union und seine Finanzbasis" („Chosjaistwennyi podjem . . . usw.") Verlag: „Gosfinisdat". 1929. S. 73. — Die Daten für das Jahr 1928/29 aus „Kontr. Ziff. . . . f. d. J. 1929/30 ' S. 101 u. 510. — Die Daten für die Jahre 1929/30 u. ff. aus „Plan chos" 3 (1932) S. 150.

4) Die „echten" Bankkredite, d. h. ohne diejenigen budgetären Mittel, die zur Finanzierung der Volkswirtschaft bestimmt sind und den Bankapparat nur durchlaufen.

Die gesamten jährlichen Investierungen (in das stehende und umlaufende Kapital) der Staatsindustrie („planierten").

(In Preisen des jeweiligen Jahres).

	1923/24		1924/25		1925/26		1926/27		1927/28		1928/29		1929/30		Sonder-quartal 1930		1931		Insgesamt in 8¼	1932 (V oranschl.)	
	in Mill. Tsch. Rbl.	in %	in Mill. Tsch. Rbl.	in %	in Mill. Tsch. Rbl.	in %	in Mill. Tsch. Rbl.	in %	in Mill. Tsch. Rbl.	in %	in Mill. Tsch. Rbl.	in %	in Mill. Tsch. Rbl.	in %	in Mill. TschRbl.	in %	in Mill. TschRbl.	in %	in Mill. TschRbl.	in Mill. TschRbl.	in %
Die Brutto[1])-Investierungen in d. stehende Kapital	225	32,3	380	29,4	811	48,5	1098	69,1	1325	66,2	1764	68,8	3422	76,0	765	40,6	5900	58,0	15 690	7250	79,2
Die Investierungen in das Umlaufskapital	472	67,7	912	70,6	860	51,5	491	30,9	678	33,8	796	31,2	1033	24,0	1117	59,4	4280	42,0	10 639	1900	20,8
Gesamte jährliche Brutto-Investierungen	697	100,0	1292	100,0	1671	100,0	1589	100,0	2003	100,0	2554	100,0	4455	100,0	1882	100,0	10180	100,0	26 329	9150	100,0

(Die Daten der Jahre 1923/24 einschl. 1925/26 — aus der Publikation des Konjunktur-Büro der W. S. N. Ch. d. USSR., — „Die Konjunktur der Industrie im Jahre 1927/28". Verlag „Gostechisdat." 1928. S. 91.

Die Daten der Jahre 1926/27 bis 1929/30 aus — „Kontr. Ziff. . . . f. d. J. 1929/30", S. 510 u. 454).

Die Daten der Jahre 1929/30 u. ff. aus — „Plan. Chos." 3 (1932) S. 150.

1) Brutto-Investierungen = Investierungen des Kapitals + Investierungen der Abschreibungsbeträge.

négligeable" darstellen, so brauchen wir nur drei große Kapitalquellen zu untersuchen: (II) die Selbstfinanzierungen, (III) die Finanzierungen aus Staat- und lokalen Budgets und die (IV) Finanzierungen seitens der Banken.

(II). Die „Selbstfinanzierung" der Industrie aus eigenen Gewinnen hat für die gesamte Sowjet-Wirtschaft schwerwiegende Aenderung erfahren. Das schnelle Wachsen der jährlichen Reingewinne der Sowjet-Industrie bis zum Jahre 1931 wird nicht allein durch schnellsteigenden Umfang der Produktion erklärt, sondern auch durch den bis zu diesem Jahre steigenden Grad der Rentabilität der Industrie, was gewiß sowohl durch die Senkung der Selbstkosten, wie auch durch das relative Hochhalten der Preise für Erzeugnisse der monopolen Staatsindustrie erklärt werden kann. Die Sowjet-Regierung hat aber schon relativ früh erkannt, daß die Senkung der industriellen Absatzpreise ihr vitalstes Interesse darstellt, denn das weitere Bestehen der berüchtigten „landwirtschaftlichen Preisschere" mußte mit einer Auspowerung und Revolutionierung der Bauern enden. Man hat aber auch erkannt, daß noch schneller als die Senkung der industriellen Absatzpreise die Senkung der industriellen Selbstkosten vor sich gehen sollte, andernfalls mußte man alle Träume der erhöhten Kapitalbeschaffung und der beschleunigten Industrialisierung begraben. Bis zum Jahre 1931 gelang es, die industriellen Absatzpreise und noch mehr die Selbstkosten zu senken, was auch erhöhte Reingewinne und Selbstfinanzierungen z. T. erklären kann. Aber vom Jahre 1928/29 ab parallel mit dem „Erstarken des Plan-Gedankens" fühlt man die wachsenden Schwierigkeiten in den Betrieben, die im Jahre 1931 und noch mehr in den folgenden 1932 und 1933 in stürmischem Steigen der industriellen Selbstkosten, der industriellen Absatzpreise und somit auch im Schwinden der Reingewinne und der Selbstfinanzierungen ihren Ausdruck gefunden haben. Die wachsende „Verbürokratisierung" der Sowjet-Betriebe, der Mangel an Initiative und Selbstverantwortung der Betriebsführer führte zu einem Chaos in den „kaufmännischen Selbstkostenrechnungen" („Chos. rastschet"). Die Kollektivisierungspolitik führte zum Ruin der Landwirtschaft und zum Hunger der Arbeiterschaft, deren sinkende Leistungsfähigkeit und Leistungswilligkeit das Sinken des Lei-

stungserfolges verursachte. Alles das hatte zur Folge ein rapides Steigen der industriellen Selbstkosten.

So wurde die Sowjet-Regierung gezwungen, das Schwergewicht der Kapitalbeschaffung für die Industrialisierung von der Selbstfinanzierung der Industrie auf Finanzierung aus den Staatsbudgets und auf „Bankinstitute" umzuschalten, was ihr auch gelang, aber zu einem teuren Preis — der Inflation.

III. Die Finanzierung der Staatsindustrie aus den Staats- und Lokalbudgets.

Ich habe schon darüber geschrieben, daß die Staatsindustrie der Sowjet-Union nicht in einer direkten Verbindung mit dem Kapitalmarkt der Volkswirtschaft steht. Die Obligationsausgabe bleibt der Staatsindustrie bis jetzt aus prinzipiellen Gründen untersagt [1]). Das neue Kapital der Staatsindustrie stammt entweder aus eigenen Quellen (Selbstfinanzierung) oder aber wird der Staatsindustrie aus dem Staats- (und Lokal-) Budget und aus dem Kreditapparat zugeführt. Die Ersparnisse der Volkswirtschaft fließen nicht auf dem direkten Wege in die Industrie oder andere Wirtschaftsgebiete, sondern werden zuerst in dem Staubecken des Staatsbudgets und des staatlichen Kreditapparats aufgefangen und schon von dort aus den verschiedenen Wirtschaftszweigen, einem Volkswirtschaftsplan entspreched, zugeleitet.

A.) Das Sowjet-Budget als Kapitalquelle der Volkswirtschaft.

Sowohl die Staatsindustrie wie auch andere Staatsunternehmen der Sowjet-Union sind aufs engste mit dem Staatsbudget verbunden. Für die sowjetische Wirtschaftsordnung ist die außerordentliche Bedeutung des Staatsbudgets für die gesamte Wirtschaft besonders charakteristisch. Das Staatsbudget bildet ein riesiges Reservoir, in das alle freigesetzten Mittel hereinfließen, und aus dem sie zum nötigen Zeitpunkt in vorausbestimmte Regionen der Wirtschaft hinausfließen.

Die kapitalbildende Rolle des Sowjet-Budgets spiegelt sich in folgenden Zahlen wieder:

---

1) Die Obligationsausgabe (seitens der Staatstrusts und Syndikate) „widerspricht dem Prinzip der zentralistisch regulierten Staatswirtschaft" . . . „Sie (die Obligationsausgabe) hätte eine . . . Konkurrenz zwischen mehreren Emittenten erzeugt und hätte die Kapitalversorgung dieses oder eines anderen Betriebes auf einen Zufall, dem Wirtschaftsplane nicht entsprechend, aufgebaut" (aus — dem Sammelwerk: „Die Probleme der langfristigen Kreditierung der Industrie" (russ.), Verlag: „Finisdat" 1928, Seite 93).

Die Ausgaben des „vereinten" („Swodny") Staats- und lokalen Netto-Budgets.[2])

(in Mill. Tsch. Rbl.)

	1923/24	24/25	25/26	26/27	27/28	28/29	29/30 (Voranschl.)
Die ges. Ausgaben:	1887	2519	3467	4738	5854	7251	10639
Davon: Die Ausgaben zur Finanzierung der versch. Volkswirtschaftszweige	374	617	1033	1862	2441	3352	5743

(Die Zahlen für das Jahr 1923/24 aus — „Kontr.-Ziff. . . f. d. J. 1926/27", S. 395, II. Auflage.

Die Zahlen für das Jahr 1924/25 aus — „Kontr. Ziff. . . f. d. J. 1927/28", S. 563.

Die Zahlen für die übrigen Jahre aus — „Kontr. Ziff. f. d. J. 1929/30", S. 600).

Der Anteil der Ausgaben zur Finanzierung aller Zweige der Volkswirtschaft an den gesamten Ausgaben der „vereinten" Staats- und lokalen Budgets stieg somit von ca. 20 % im Jahre 1923/24 auf ca. 50 % im letzten Budgetjahre. Die 5,7 Milliarden Tsch. Rbl., die im Jahre 1929/30 zur Finanzierung der Volkswirtschaft ausgegeben werden, gewinnen noch mehr an Bedeutung, wenn man sich der kümmerlichen, freiwilligen privaten Kapitalbildung der Bevölkerung der Sowjet-Union erinnert. (Darüber werde ich noch unten ausführlich sprechen).

B) Nach welchem Prinzip erfolgt die Verteilung der Finanzierungssumme seitens des Sowjet-Staates?

Eigentlich habe ich schon einmal auf diese Frage eine Antwort gegeben. Wenn ich aber hier dieselbe Frage zum zweiten Mal wiederhole, so nur aus dem Grunde, um die Aufmerksamkeit des

2) Unter dem Netto-Staats- und Lokalbudget versteht man in der Sowjet-Union die gesamten Einnahmen oder Ausgaben dieser Budgets, abzüglich derjenigen Posten, die die Operationen der staatlichen Verkehrsunternehmungen (Eisenbahn, Post, Telegraf) und lokalen Kommunalbetriebe wiederspiegeln. Wie bekannt, sind die Einnahme- und Ausgabeberechnungen dieser Unternehmungen in die Brutto-Staats- und Brutto-Lokalbudgets eingeschlossen.

Lesers nochmals auf eines der wichtigsten Probleme der Sowjet-Wirtschaft zu lenken. Es bleibt mir an dieser Stelle nur noch übrig, darauf hinzuweisen, daß der größte Teil der riesigen Kapitalien, mit denen verschiedene Wirtschaftszweige aus Staats- und lokalen Budgets gespeist werden, keinen Kreditcharakter hat. Denn diese Kapitalien sind weder rückzahlbar, noch sind die Kapitalempfänger zum Zinszahlen verpflichtet. Nur ein Bruchteil von diesen Finanzierungsbeträgen aus den Budgets ist formell rückzahlbar und zinstragend, nämlich derjenige Teil, der von den Staats- und Lokalbudgets dem Bankapparat übergeben wird zwecks weiterer Verteilung (in Form von kurzfristigen Krediten) an verschiedene Wirtschaftszweige.

C) Die Finanzierung der Staatsindustrie aus dem Budget.

Von den oben erwähnten Finanzierungsbeträgen, die der Staat in alle Zweige der Volkswirtschaft investiert, waren folgende Beträge speziell der Staatsindustrie zugeführt:

Die Finanzierung der Staatsindustrie (der sog. „planierten") aus dem Staats-Budget und den lokalen Budgets (ohne Kriegsindustrie)

(in Mill. Tsch. Rbl.)

	1923/24	1924/25	1925/26	1926/27	1927/28	1928/29	1929/30 (Voranschl.)
Insgesamt:	110,3	115,6	341,1	531,5	664,1	934,0	1692,0

(Die Zahlen für die Jahre 1923/24 und 24/25 aus der Abhandlung G. W. Postnikow — „Die Industrie und das Budget", erschienen im Sammelwerk — „Die Industrie und die Volkswirtschaft", Verlag „Oek. Schisn" (1927), S. 357.

Die Zahlen für die Jahre 1925/26 bis einschl. 1927/28 aus — „Kontr. Ziff. f. d. J. 1928/29", S. 473.

Die Zahlen für die übrigen Jahre aus — „Kontr. Ziff. f. d. J. 1929/30", S. 101.)

Diese Zahlen zeigen, daß rund 30 % aller Finanzierungsbeträge der staatlichen und lokalen Budgets für die Staatsindustrie bestimmt sind.

Schlägt man noch zu diesen Finanzierungsbeträgen diejenigen Beträge zu, die jährlich aus den Staats- und lokalen Budgets zur Finanzierung der Elektrifizierungsarbeiten ausgegeben werden [3])

3) Die Sowjet-Statistik gibt die Daten über die Elektrifizierung stets außerhalb der Industriestatistik.

(siehe die nächste Tabelle), so bekommt man ein vollständiges Bild von der Größe der Budgetausgaben, zur Industrialisierung des Landes.

Um aber diese staatliche Finanzierung der Industrie richtig würdigen zu können, darf man eins nicht vergessen, nämlich: daß die Staatsindustrie ihrerseits an der Bildung der staatlichen Budgeteinnahmen teilnimmt. An dieser Stelle interessieren uns nicht diejenigen Steuer-, Akzise- und ähnliche Abgaben, die die Staatsindustrie in ihre Selbstkosten einkalkuliert und somit auf die Konsumenten abwälzt, sondern lediglich diejenigen Beträge, die sie aus ihren Netto-Gewinnen an das Staatsbudget abzuführen gezwungen ist. Diese Beträge, die mittels Einkommensteuer und verschiedener Abzüge aus den Nettogewinnen der Staatsindustrie in das Staatsbudget übergeführt werden, fließen wiederum in diese Industrie in Form der erwähnten Finanzierungsbeträge zurück. Freilich sind diese Finanzierungsbeträge bedeutend größer als die von der Industrie an das Staatsbudget abgeführten Gewinne, d. h. daß die Industrie in diesem Hin- und Herfließen der Kapitalien stets mit einem Aktiv-Saldo abschneidet. Der Zweck dieses Hin- und Herfließens von großen Kapitalien besteht darin, daß das Staatsbudget die Ersparnisse und Gewinne der besonders rentablen Industriezweige (das sind die Zweige der Konsummittelproduzierenden Industrie) an sich zieht, um die wenig rentablen, für die Politik der Industrialisierung aber besonders wichtigen Zweige der Schwerindustrie umso mehr finanzieren zu können [4]). Im Grunde genommen geschieht also bloß eine neue Verteilung der schon innerhalb der Industrie (als Ganzes gesehen) gebildeten Kapitalien. Das Staatsbudget spielt hier lediglich die Rolle eines Neuverteilers, der nach Direktiven der Planungsorgane handelt.

---

4) Von den ca. 1½ Milliarden Rbl., die das Staatsbudget im Jahre 1929/30 zur Finanzierung der Staatsindustrie verwendet, entfallen ca. 1,35 Milliarden Rbl. auf die Finanzierung der Schwerindustrie, d. h. auf die Produktionsmittel produzierende Industrie, (von diesen 1,35 Mld. Rbl. entfallen wiederum etwas mehr als 1 Mld. Rbl. auf die Kohlen-, Naphta-, Metall-, chemische und Baumaterialienindustrie) und nur etwa 150 Mill. Rbl. werden der Konsummittel produzierenden Industrie zugeführt. (Siehe darüber N. P. Brjuchanow (Volkskommissar der Finanzen d. USSR). — „Die Finanzen des 2. Jahres des Fünfjahresplanes" (russ.) Verlag „Gosfinisdat" (1930), S. 53).

Wie hoch sind denn diese aus der Industrie zum Staatsbudget und umgekehrt aus dem Staatsbudget in die Industrie strömenden Kapitalien, und zu wessen Gunsten bildet sich der Aktiv-Saldo?

Die[1]) finanziellen Beziehungen zwischen der Staatsindustrie („planierten") und den Staats- und lokalen Budgets. (ohne Kriegsindustrie).

	1923/24	24/25	25/26	26/27	27/28	28/29	29/30
			(in Mill. Tsch. Rbl.)				(Voran
A. Die Zahlungen der Staatsindustrie an die Staats- u. lokalen Budgets: darunter:							
1. Einkommensteuer (staatl. mit lokalem Zuschlag)	13,4	37,5	61,0	58,8	65,0	515,0	1365
2. Abzüge aus Netto-Cewinnen der Industrie zugunsten d. Staatsbudgets	30,5	75,0	108,1	205,5	243,0		
3. Abzüge aus Netto-Gewinnen zugunsten der lokalen Budgets	6,9	15,9	35,0	62,8	45,0		
4. Kauf d. 8%-igen Staatsanleihe	5,8	27,0	30,2	60,0	50,0		
5. Abzüge aus Nettogewinnen zur Bildung des „Komzwetfond"	—	—	10,0	16,0	20,0		
6. Rückzahlungen d. Darlehen u. Vorschüsse an die Staatskasse	9,8	16,3	14,3	22,0	25,0		
Insgesamt (A):	65,8	171,7	258,	425,1	448,0	515,0	136
B. Die Finanzierung der Industrie seitens d. Staats- u. lokalen Budgets	110,3	115,6	341,1	531,5	664,1	934,0	169
Saldo zugunsten der Industrie (A—B):	+44,5	−56,1	+82,5	+106,4	+216,1	+419,0	+32
C. Die Finanzierung d. Elektrifizierungsbauten seitens der Staats- und lokalen Budgets							
1. Aus dem Staatsbudget	50 8	51,6	65,1	102,0	137,3	208,0	34
2. Aus den lokalen Budgets			10,0	15,0	30,0		
Insgesamt (C):	50,8[2])	51,6[2])	75,1	117,0	167,3	208,0	34
Saldo zugunsten d. Industrie und der Elektrifizierungsbauten (B—A) + C:	+95.3	—4.5	+157,6	+ 223.4	+ 383,4	+627,0	+66

1) Die Zahlen für die Jahre 1923/24 und 1924/25 stammen aus der Untersuchung von G. W. Postnikow — „Die Industrie und das Budget" (in dem Sammelwerk — „Die Industrie und die Volkswirtschaft"), (russ.), Verlag „Oek. Schisn." (1927), S. 357. Vgl. auch den Artikel von N. Belozerkowsky — „Die Kontrollzahlen der Industrie", in „Oek. Schisn." Nr.201 (1927).

Die Zahlen für die Jahre 1925/26 bis einschl. 1927/28 aus „Kontr. Ziff. ... f. d. J. 1928/29", S. 473.

Die Zahlen für die Jahre 1928/29 und 1929/30 aus „Kontr. Ziff. ... f. d. J. 1929/30", S. 510 u. 602.

2) Aus — „Kontr. Ziff. ... f. d. J. 1926/27", II. Aufl. S. 395.

Wir sehen also, daß das Staatsbudget innerhalb der verflossenen 7 Jahre seit der Währungsstabilisierung rund 4,4 Milliarden Tsch. Rbl. der Staatsindustrie zugeführt hat, d. h. ca. 30 % aller neuen Kapitalien, die die Staatsindustrie sich in diesem Zeitabschnitt beschafft hat, stammen aus den Staats- und lokalen Budgets. Dabei ist es bemerkenswert, daß dieser Anteil des Budgets an der gesamten Kapitalbeschaffung der Staatsindustrie von Jahr zu Jahr mächtig wächst. Wenn er im Jahre 1923/24 nur rund 16 % ausmacht, so macht er im Jahre 1929/30 schon 41,5 % aus. Wir sehen also daß diese Kapitalquelle der Staatsindustrie alle übrigen Kapitalquellen verdrängt. Die letzte Tabelle zeigt auch, daß die Staatsindustrie bei ihren finanziellen Beziehungen zu dem Staats- und lokalen Budget mit einem beträchtlichen, von Jahr zu Jahr wachsenden Aktiv-Saldo abschließt. Im ganzen hat die Staatsindustrie in den verflossenen 7 Jahren (zusammen mit den Elektrifizierungsbauten) ca. 2,1 Milliarden Tsch. Rbl. mit Hilfe des Staats- und lokalen Budgets aus allen übrigen Wirtschaftszweigen aufgesaugt.

Die Sowjet-Regierung hat es sehr gut verstanden, aus dem Staatsbudget ein mächtiges Instrument der Industriefinanzierung zu gestalten und die fehlende freiwillige, private Kapitalbildung durch eine zwangsartige zu ersetzen. Die Staatsindustrie gewinnt somit die Möglichkeit, aus einer riesigen Kapitalbeschaffungsquelle neue Kapitalien zu schöpfen, und wir sahen schon, daß die budgetären Finanzierungen neben der Selbstfinanzierung der Industrie aus eigenen hohen Gewinnen (die die Sowjet-Industrie dank ihrer monopolen Stellung auf dem inneren Markte bisher zu erzielen vermochte) für die Durchführung der Industrialisierung des Landes eine immer wachsende Bedeutung gewinnen.

D. Die Perspektiven der Finanzierung der Staatsindustrie aus dem Staatsbudget.

Welche Wege stehen dem Staate zur Verfügung, um eine Erhöhung der Finanzierung der Industrie aus dem Budget in nächster Zukunft zu erzielen?

Es gibt im Allgemeinen drei solche Wege:

erstens — die Erhöhung der Staatsausgaben, die die Industriefinanzierung bezwecken, bei gleichzeitiger Drosselung aller übrigen Staatsausgaben;

zweitens — eine Erhöhung der Belastung des Volkseinkommens durch das Staatsbudget zwecks Erweiterung der Industriefinanzierung;

drittens — Durchführung einer gesteigerten Akkumulation der in allen Zweigen der Wirtschaft gebildeten Ersparnisse, mittels Staatsbudgets, zwecks ihrer weiteren Leitung in die Kanäle der Industriefinanzierung.

Wie gestalten sich die Möglichkeiten für die Sowjet-Union, diese Wege zu benutzen?

a) Auf dem ersten Wege, d. h. dem Wege der Drosselung aller Staatsausgaben, außer den Staatsausgaben zur Industriefinanzierung, stehen sehr hohe Hindernisse, die kaum zu überwinden sind. Eine Rationalisierung der Staatsausgaben, die zur reinen Staatsverwaltung bestimmt sind, ist ein sehr langsam vor sich gehender Prozeß, dessen Resultate sich erst nach Ablauf von geraumer Zeit zu zeigen pflegen. Die bekannte „Bürokratisierung" der Sowjet-Behörden steht der erwünschten Sparsamkeit im Wege.

Auch ist es kaum zu erwarten, daß die Sowjet-Regierung im Laufe der nächsten Jahre zur Verminderung der überaus hohen Ausgaben des Kriegskommissariats übergehen wird. Bei dem wachsenden Mißtrauen der Sowjet-Regierung gegenüber der „kapitalistischen Umwelt" ist eher das Gegenteil zu erwarten. Auch kann man schon jetzt mit großer Bestimmtheit sagen, daß die bis zur letzten Zeit seitens des Staates stiefmütterlich behandelte Landwirtschaft in Zukunft einen viel größeren Anteil an den Ausgaben des Staatsbudgets beanspruchen wird. Der Staat wird gezwungen sein, größere Summen für die landwirtschaftlichen Meliorationen, für die Finanzierung der Uebersiedlungen, für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit der landwirtschaftlichen Bevölkerung und andere Zwecke auszugeben. Widrigenfalls werden große wirtschaftliche Katastrophen (Degradierung der Landwirtschaft und Hungerjahre) nicht zu vermeiden sein.

Auch ist es zu erwarten, daß in nächster Zukunft viel größere Summen für die Volksbildung aus dem Staatsbudget ausgegeben

werden, da die forcierte Industrialisierung eine entsprechend schnell wachsende Qualifikation der Arbeitskraft erfordert.

b) Auch der zweite Weg, nämlich der der erhöhten Belastung des Volkseinkommens durch das Staatsbudget ist schwer gangbar.

Der Druck der Staats- und lokalen Budgets auf die Bevölkerung der Sowjet-Union nimmt von Jahr zu Jahr zu:

Das Verhältnis der Staats- und lokalen Netto-Budgets („Swodnyi-Budget") zum Netto-Volkseinkommen.

	Netto-Volkseinkommen in Gegenwartspreisen in Mill. Tsch. Rbl.	Einnahmen d. Staats- u. lokalen Netto-Budgets in Mill. Tsch. Rbl.	Das Verhältnis in %
1924/25	15589	2660	17,1
1925/26	21230	3564	16,8
1926/27	22937	4879	21,3
1927/28	25342	6131	24,2
1928/29	30009	7410	24,7
1929/30 (Voranschl.)	33963	10639	31,3

(Die Zahlen für das Jahr 1924/25 aus — „Kontr. Ziff... f. d. J. 1927/28", Seite 303. Die Zahlen für die übrigen Jahre — „Kontr. Ziff... f. d. J. 1929/30", Seite 466 und 600).

Diese Zahlen deuten darauf hin, daß die Staats- und lokalen Budgets von Jahr zu Jahr einen immer wachsenden Teil des Volkseinkommens beanspruchen, und daß diese Budgets ein höheres Zuwachstempo pro Jahr aufweisen, als das Zuwachstempo des Volkseinkommens. Die Last des Staatshaushalts drückt mit steigender Wucht auf die Bevölkerung [5]).

---

5) Die Anhänger des Sowjet-Systems pflegen oft und viel darüber zu schreiben, daß der Gebrauch einer Durchschnittszahl zur Feststellung des Grades der Steuerbelastung zwecklos ist, da mit dieser Durchschnittszahl die starke Progression der Steuersätze (bei direkten Steuern), die außerordentlich empfindlich die höheren Einkommensgruppen trifft, unberücksichtigt bleibt. Dieser Einwand scheint mir aber für die sowjetische Gegenwart nicht stichhaltig zu sein, nämlich aus dem Grunde, weil die letzten Jahre der sowjetischen Wirtschaftspolitik, die auf die Ausrottung des „Kulakentums" und der „Nep"-Leute gerichtet ist, eine Einkommens- und Vermögensnivellierung von ungeahntem Maßstabe mit sich gebracht

Gewiß lassen sich die eben erwähnten Prozentzahlen mit analogen Zahlen des Vorkriegsrußlands oder der gegenwärtigen westeuropäischen Staaten nicht vergleichen. Schon ans dem Grunde, weil die Struktur des Sowjet-Budgets (sowohl auf der Ausgabe- wie auch auf der Einnahmeseite) einige grundverschiedene Charakterzüge aufweist, welche jeden Vergleich nicht nur erschweren, sondern manchmal sogar unmöglich machen. Es läßt sich aber mit Bestimmtheit sagen, daß die 31 %ige Belastung des jährlichen Volkseinkommens, die durch das Sowjet-Budget gegenwärtig ausgeübt wird, ein unvergleichlich größeres Druckempfinden bei der Sowjet-Bevölkerung hervorrufen muß als prozentual ähnliche Belastung der reichen westeuropäischen und amerikanischen Staaten. Es ist eine Binsenwahrheit der Finanzwissenschaft, daß das Druckempfinden eines armen Steuerzahlers größer ist als das Druckempfinden eines reichen Steuerzahlers, trotz der prozentual gleichen steuerlichen Belastung ihres Einkommens. In der heutigen Sowjet-Union entfällt auf je Kopf der Bevölkerung von dem Netto-Volkseinkommen etwas über 100 „Vorkriegsrubel“ [6]). Die Entbehrungen eines sowjetischen „Durchschnittsmenschen“, die ihm durch den Staatshaushalt auferlegt werden, sind weit schwerer und empfindlicher, als diejenigen eines prozentual gleichbelasteten, aber relativ reichen Westeuropäers oder Amerikaners. Auch unterliegt es keinem Zweifel, daß die heutige Belastung des

---

haben. Die starke Progression der Steuersätze (der direkten Steuern) ist somit für die Gegenwart bedeutungslos geworden.

Auch ist zu erwähnen, daß alle direkten Steuern des sowjetischen Budgets (die sog. landwirtschaftliche Steuer und Einkommensteuer, dagegen ohne die Umsatzsteuer, — „Promyslowyi nalog“ —, die merkwürdigerweise in dem Sowjet-Budget zur direkten Steuer gezählt wird), nur rund 1/10 der gesamten Budgeteinnahmen ausmachen, dagegen aber die übrigen Steuern, Akzisen, Abgaben und andere Budgeteinnahmen, die die relativ nivellierten Einkommens- und Vermögensgruppen in ungefähr gleichem Grade belasten, den weitaus größten Teil der staatlichen Budgeteinnahmen bilden.

Aus diesen Gründen scheint mir der Gebrauch der oben erwähnten Durchschnittszahl für unsere Zwecke durchaus unbedenklich zu sein.

6) Das durchschnittliche Jahreseinkommen pro Kopf der in der Landwirtschaft tätigen Bevölkerung ist noch kleiner, nämlich rund 50—60 „Vorkriegsrubel“!

Volkseinkommens durch den Staatshaushalt der Sowjet-Union weit über den Maßstäben der Vorkriegszeit steht [7]).

Eine weitere Erhöhung der Belastung des Volkseinkommens durch den Staatshaushalt ist für die nächste Zukunft wenig denkbar. Das hat auch die höchste wirtschaftsleistende Instanz der Sowjet-Union, nämlich die staatliche Plan-Kommission, anerkannt — in den „Kontr. Ziff. . . . f. d. J. 1927/28" — (S, 304) lesen wir: „Das Finanzsystem der Sowjet-Union ist am Rande seiner (Leistungs-) Fähigkeit angelangt."

Trotz dieser Erkenntnis aber wurde die Belastung des Volkseinkommens durch das Staatsbudget im Jahre 1928/29 und 1929/30 relativ und absolut noch weiter stark erhöht. Es wird somit gewagt, die Geduld des Volkes auf eine härtere Probe zu stellen[8]).

c) Der dritte Weg, der dem Staat zur Verfügung steht, um eine erhöhte Finanzierung der Industrie aus dem Staatsbudget zu erzielen, besteht, wie ich schon sagte, in der Forcierung der durch das Staatsbudget durchgeführten Akkumulation der in allen Zweigen der Wirtschaft gebildeten Ersparnis zwecks ihrer weiteren Leitung in die Kanäle der Industriefinanzierung.

7) Die Befürworter des Sowjet-Systems weisen gern darauf hin, daß die Oktober-Revolution es war, die die landwirtschaftliche Bevölkerung der Sowjet-Union, dank der durchgeführten Grund- und Bodensozialisierung von den drückenden Pachtgeldern befreit hat. Deshalb sind, wie sie behaupten, die heutigen direkten und indirekten Steuern, die die landwirtschaftliche Bevölkerung an den Staat zahlt, für diese durchaus nicht drückend, da diese Steuern keineswegs größer sind als ähnliche Steuern und Abgaben der landwirtschaftlichen Bevölkerung der Vorkriegszeit. Aber diese Meinung ist voreingenommen, denn man verschweigt dabei diejenigen Opfer, die dem Bauern mittels der „landwirtschaftlichen Preisschere" von der monopolen Staatsindustrie aufgezwungen werden. Der Versuch des bekannten Mitarbeiters der staatlichen Plankommission — S. G. Strumilin, diese Opfer als eine unbedeutende Größe darzustellen, muß als mißlungen betrachtet werden, schon aus dem Grunde, weil der genannte Autor für seine Beweisführung einen evident niedrigen Index der „Landwirtschaftlichen Preisschere" benutzt und auch die Qualitätsminderung der heutigen sowjetischen Industrierzeugnisse überhaupt nicht berücksichtigt hat. (Siehe S. G. Strumilin — „Abrisse der Sowjet-Oekonomik", (russ.), Staatsverlag 1928, Seite 490 u. ff.

8) Die Literatur über die Höhe der Belastung des Volkseinkommens durch den Staatshaushalt der Sowjet-Union siehe im Anhang.

Diese Akkumulation der Ersparnisse wird von dem Sowjet-Staate mittels Ausgabe der inneren Staatsanleihen ausgeführt.

Bevor ich aber über die Größe der emittierten inneren Staatsanleihen und über die Methoden dieser Emission etwas sage, will ich noch kurz die Umstände skizzieren, unter denen sich der Sparprozeß in der Sowjet-Union vollzieht.

1. Welche Umstände wirkten fördernd und welche lähmend auf diesen Prozeß?

a) Betrachtet man den „vergesellschaftlichten Sektor" der Volkswirtschaft, so sieht man, daß der Sparprozeß in diesem Sektor sich unter einem besonders günstigen Umstand vollzog. Dieser Umstand — ist das immer wachsende Monopol der Staatsbetriebe auf dem Markte. Die Konkurrenz der privaten Betriebe, die in den ersten paar Jahren nach der Deklarierung der „Neuen ökonomischen Politik" (im Jahre 1921) mehr oder weniger für die Staatsbetriebe empfindlich war, wird seitdem systematisch eingeengt und ausgerottet. Die Kommunalbetriebe, Verkehrsbetriebe, staatlichen industriellen Betriebe und der staatliche Bankapparat genießen heutzutage eine beinahe absolute Monopolstellung. Auch die Betriebe des Staats- und Genossenschaftshandels erfreuen sich einer mit jedem Jahre wachsenden Vorzugsstellung. Unter diesen Umständen ist es für den „vergesellschaftlichten Sektor" leicht gewesen, so hohe Preise für seine Erzeugnisse und Dienste zu fordern, daß nicht nur seine außerordentlich hohen Produktionsunkosten gedeckt wurden, sondern auch noch darüber hinaus, ganz ansehnliche Gewinne erzielt werden konnten. Trotz mangelndem Wirtschaftlichkeits- und Sparsinn der bürokratischen Leiter der Staatsbetriebe gelingt es dem „vergesellschaftlichten Sektor", hohe Ueberschüsse zu erzielen. Ein großer Teil dieser Ueberschüsse wird vom Staatsbudget akkumuliert, sei es in Form von Abzügen vom Gewinn aller staatlichen Betriebe oder in der Form von Erlösen aus staatlichen Anleihen, an deren Zeichnung sich alle staatlichen Betriebe mit einem großen Teil ihrer Reingewinne laut Gesetz beteiligen müssen. Diese Ueberschüsse der staatlichen Unternehmungen aller Art vergrößerten stark die Einnahmeseite des Staatsbudgets und er-

leichterten es bis jetzt dem Staate, die außerordentlich große Finanzierung der Industrie durchzuführen.

Ob diese Akkumulation der Ueberschüsse der staatlichen Betriebe auch in Zukunft dieselbe Größe behalten wird, die sie bis jetzt hatte, oder ob sie, nach dem „Fünfjahresplan" urteilend, noch umfangreicher wird — all das hängt jetzt nur davon ab, ob es den Sowjet-Betrieben, seien es Industrie-, Verkehrs-, Handels- oder Bankbetriebe, gelingen wird, eine höhere Wirtschaftlichkeit ihrer Arbeit zu erzielen. Hier steht, mit kleinen Modifikationen, genau dasselbe Problem vor uns, wie das Problem der Industrierentabilität, die ich ausführlich im vorigen Abschnitt darzustellen versucht habe. Die staatlichen Industrie-, Handels-, Verkehrs- und Bankbetriebe werden früher oder später gezwungen sein, trotz aller ihrer Monopole die Preise ihrer Produkte und Dienste zu senken, um die gefahrvolle „landwirtschaftliche Preisschere" aus der Welt zu schaffen. Will man aber nicht, daß diese Preissenkung auch die Rentabilität mit sich nach unten reißt, so müssen die staatlichen Betriebe auch dafür sorgen, daß ihre Selbstkosten entsprechend ermäßigt werden. Gelingt es aber nicht, d. h. gelingt es den staatlichen Betrieben aller Wirtschaftszweige nicht, ihre bürokratischen Krankheiten und andere Ursachen ihrer hohen Betriebsunkosten zu überwinden, so wird die Folge sein, daß parallel zu den sinkenden Preisen der Produkte und Dienste dieser Betriebe auch ihre Ueberschüsse sich dezimieren werden. Die zweitnächste Folge wird dann die Dezimierung derjenigen Einnahmen des Staatsbudgets sein, die aus diesen Ueberschüssen gebildet werden und schließlich also — die Vernichtung aller Hoffnungen auf große Finanzierungen der Industrialisierung aus dem Staatsbudget.

β) Unter ganz anderen Umständen spielt sich der Sparprozeß in dem privaten Sektor der Volkswirtschaft ab. Eine Spiegelung dieses Sparprozesses geben uns die Zahlen der sowjetischen Sparkassen. Die Sparkassen in der Sowjet-Union sind, man kann das ruhig behaupten, die einzige Stelle, welche die freiwilligen Geldersparnisse der privaten Personen aus allen Volksschichten akkumulieren.

Der Einlagebestand der Sparkassen.
(in Mill. Tsch. Rbl.)

Am 1. X.	Einlagenbestand	Zuwachs pro Jahr
1924	11,247	—
1925	33,493	+ 22,246
1926	90,468	+ 56,975
1927	186,969	+ 96,501
1928	335,000	+ 148,031
1929	480,400	+ 145,400

(Aus — „Westnik. Finansow" Nr. 7, 1929, Seite 175. und „Statist. Obosrenje", Nr. 11, 1929, Seite 100).

Die kleine Summe der jährlichen Geldersparnisse der Bevölkerung ist erstaunlich. Die Summe von 145 Mill. Tsch. Rbl., die den Zuwachs an Einlagebeständen der Sparkassen im Jahre 1928/29 bildeten, reicht mit ihrer Vorkriegskaufkraft (ca. 60—70 Mill. Vorkriegsrubel) knapp an die Hälfte des an und für sich schon recht spärlichen jährlichen Einlagenzuwachses der russischen Vorkriegssparkassen heran[9]). Bei diesem Vergleich ist auch nicht zu vergessen, daß die sowjetischen Sparkassen auch diejenigen Bevölkerungskreise zu bedienen haben, die im Vorkriegsrußland ihre Sparbeträge in Aktien, Pfandbriefen und ähnlichen Wertpapieren, die die Sowjet-Union nicht kennt, investiert hatten. Es ist ebenfalls zu berücksichtigen, daß der Einlagebestand der heutigen Sowjet-Sparkassen mehr als zu einem Drittel aus Einlagen von nicht physischen Personen (siehe die nächste Tabelle), nämlich der staatlichen Unternehmungen und Organisationen, besteht[10]), dagegen war dieser Anteil in Vorkriegssparkassen verschwindend klein.

---

9) Der durchschnittliche jährliche Zuwachs der Einlagebestände der Sparkassen machte in den letzten Vorkriegsjahren rund 100 Mill. Vorkriegs-Rbl. aus. (Vgl. oben Seite 22). Der gesamte Einlagenbestand der Sparkassen erreichte am Anfang des Jahres 1913 ca. 1,6 Milliarden Vorkriegs-Rbl.

10) Die heutigen Sparkassen der von großen Zentren weit abgelegenen Dörfer und Gemeinden dienen öfters als Verrechnungsstellen für alle Budgeteinnahmen und Ausgaben dieser Orte. (Siehe — „Torg.-Prom. Gazetta", Nr. 52, (1927).

Welche Bevölkerungsschichten der Sowjet-Union beteiligen sich am intensivsten an der Spartätigkeit?

Der Einlagebestand der Sparkassen am 1. X. 1928: 335,8 Mill. Tsch. Rbl.

Davon:

Einlagen der	in Mill. Rbl.	in %
Angestellten:	97,3	29 0
Arbeiter:	37,6	11,2
Bauern:	13,4	4,0
Personen der freien Berufe:	7,3	2,2
Handwerker und der „Kustarj“:	6,7	2,0
privaten Händler und „nichtarbeitenden“ Personen:	3,6	1,1
der übrigen physischen Personen (darunter: Armeeangehörige, Sozialversorgte, Studierende und andere):	47,0	14,0
I. Insgesamt Einlagen der physischen Personen:	213,2	63,5
II. Insgesamt Einlagen der staatl. Unternehmungen u. Organisationen:	122,5	36,5
	335,8	100,0

(Aus — „Statist. Obosrenje“, Nr. 11 (1929), Seite 102).

Beim Betrachten dieser Tabelle springt die sowohl absolut wie auch relativ verschwindend kleine Summe der Geldersparnisse der landwirtschaftlichen Bevölkerung ins Auge. Die landwirtschaftliche Bevölkerung, die $^{9}/_{10}$ der gesamten Bevölkerung ausmacht, beteiligt sich kaum am Sparprozeß.

Vor dem Kriege machten die Sparkasseneinlagen der landwirtschaftlichen Bevölkerung rund 31 % aller Sparkasseneinlagen, jetzt aber nur ca. 4 % aller Einlagen, oder 6,3 % aller Einlagen der physischen Personen aus[11]).

Welche Faktoren wirken hemmend auf die Spartätigkeit der Bevölkerung der Sowjet-Union?

Erstens — die außerordentlich geringe Höhe des Volkseinkommens pro Kopf der Bevölkerung ist die Haupt-

Anmerkung 11 s. S. 32.

ursache der niedrigen Sparfähigkeit des Volkes. Die niedrige Produktivität der Landwirtschaft und der Industrie bestimmte vor dem Kriege und bestimmt auch jetzt den niedrigen Grad der Spartätigkeit.

Zweitens — die durch die Wirtschaftspolitik der Sowjet-Regierung erzielte relative Nivellierung des Einkommens der verschiedenen Bevölkerungsgruppen und die erzielte Vernichtung der privaten großen Vermögen bedeutet nichts anderes als die wirtschaftliche Ausschaltung der besonders sparfähigen Bevölkerungsgruppen. In der Sowjet-Union herrscht die „Gleichheit der Armen". Die radikalen Methoden dieser Nivellierungspolitik, die am Anfang der Oktober-Revolution angewendet wurden (Nationalisierung, Konfiszierung, Requirierung usw.), sind in der Gegenwart durch die rigorosen Steuererhebungen ersetzt. Als im Jahre 1921 nach dem mißlungenen kommunistischen Experiment die „Neue ökonomische Politik" deklariert wurde, sagte Lenin, daß diese Politik „ernsthaft und auf lange Zeit" gedacht ist. Der private Unternehmer erlebte damals seine Renaissance. Aber seit dem Jahre 1925/26 nimmt die Wirtschafts-Politik der Sowjet-Regierung eine neue Richtung, die sich durch wachsende „plan-

11) Die Einlagen der Sparkassen des russischen Reiches und der heutigen USSR., verteilt nach sozialer Zugehörigkeit der Sparer:

	Einlagenbestand		i. % zur ges. Summe	
	am 1. X. 1913. in Mill. Goldrubel	am 1. X. 1928 in Mill. Tsch. Rbl.	1913	1928
der Angestellten:	306,7	97,4	20,8	45,7
„ Arbeiter:	65,0	37,6	4,6	17,6
„ Bauern:	458,5	13,4	31,1	6,3
„ Handwerker und Kustarj:	171,3	6,7	11,6	3,1
„ Personen der freien Berufe, privaten Händler und anderen nichtarbeitenden Personen:	215,7	11,0	14,7	5,2
„ übrigen physischen Personen:	256,2	47,0	17,2	22,1
Die Einlagen aller physischen Personen:	1473,4	213,2	100,0	100,0

(Aus — „Statist. Obosrenje", Nr. 11 (1929), S. 103).

wirtschaftliche" Umfassung der Wirtschaft und durch Verdrängung des privaten Unternehmers aus allen Wirtschaftszweigen auszeichnet. Der private Unternehmer wird mit allen dem Staate zur Verfügung stehenden Mitteln wirtschaftlich ruiniert, der elementarsten sozialen Rechte beraubt und nicht selten physisch vernichtet. Ein Paria im „sozialistischen" Reiche![12]) Als Illustration dieser Verdrängung des privaten Unternehmers dienen folgende Zahlen: (s. Tabelle S. 34).

Es ist klar, daß die Vernichtung der selbständigen Wirtschaften einer Entfaltung der Spartätigkeit des privaten Sektors zuwiderläuft. Es ist außerdem noch darauf hinzuweisen, daß die Hauptmasse der noch existierenden „privaten Unternehmer" in der Kleinindustrie zu den „Kustarj" (bäuerliches Heimgewerbe) und in dem Detailhandel zu der Gruppe der Hausierer, Basarhändler und ähnlicher halb proletarischer Existenzen gezählt werden, deren Sparfähigkeit sehr fraglich ist.

Ein ähnlicher Prozeß der Vermögensnivellierung vollzieht sich auch gegenwärtig bei der landwirtschaftlichen Bevölkerung der Sowjet-Union. Die Oktober-Revolution unterbrach den wirtschaftlichen gesunden Differenzierungsprozeß, und führte die „Obschtschina" zum Siege auf der ganzen Linie. Es wurde eine radikale Neuverteilung des gesamten Grund und Bodens vorgenommen. Damit wurde aber bloß eine Nivellierung auf einem allgemeinen Armutsniveau erreicht. Die angeblich „gerechte" Bodenverteilung führte zur Vernichtung der landwirtschaftlichen Ueberschußwirtschaften und drohte, die Städte dem Hungertode auszuliefern. Die „Neue ökonomische Politik", die den freien Marktverkehr wieder zuließ, entfachte aufs Neue den Differenzierungsprozeß in der Landwirtschaft. Aber seit dem Jahre 1926/27 verläßt die Sowjet-Regierung den Weg des „Nep" und nimmt einen unzweideutigen,

12) Es ist deshalb kein Wunder, daß der von allen Seiten gehetzte „Nep"-Mann in dem Kampfe um seine Existenz so oft mit den sowjetischen Gesetzen in einen Konflikt gerät. Eine bemerkenswerte Sammlung aller Tricks und Methoden, die der private Unternehmer erfindet, um die ihn bekämpfenden Gesetze zu umgehen oder zu durchbrechen, findet man in dem Buche von I. S. Konduruschkin: „Das private Kapital vor dem Sowjet-Gericht", (russ.) 1927.

Sozialisierungsprozeß in USSR.

(Die Anteile der verschiedenen Sektoren in %)

	Der Anteil des sozialisierten Sektors (die Staats- u. Genossenschaftsbetriebe)					Anteil des privaten Sektors					Insgesamt
	1925/26	26/27	27/28	28/29	29/30 (Voranschl.)	1925/26	26/27	27/28	28/29	29/30 (Voranschl.)	1925/26 bis 1929/30
I. An der Brutto-Produktion der Industrie:	72,9	74,8	80,6	84,8	88,2	27,1	25,2	19,4	15,2	11,8	100 %
darunter											
1. der Großindustrie:	96,0	97,7	98,6	99,1	99,3	4,0	2,3	1,4	0,9	0,7	100 %
2. der Kleinindustrie: (d. Handwerker u. Kustarj):	18,1	17,9	29,4	37,9	44,7	81,9	82,1	70,6	62,1	55,3	100 %
II. An dem Umsatz des Zwischenhandels:	75,5	81,1	88,7	93,4	96,7	24,5	18,9	11,3	6,6	3,3	100 %
darunter											
1. des Großhandels:	92,7	95,4	98,1	99,0	99,5	7,3	4,6	1,9	1,0	0,5	100 %
2. des Detailhandels:	57,1	62,6	72,6	81,4	89,3	42,9	37,4	27,4	18,6	10,7	100 %

(Aus — „Kontr. Ziff... f. d. J. 1929/30", Seite 442 und 443).

wirtschaftlich sehr gefährlichen Kurs auf die Vernichtung der über das allgemeine Niveau hinausgewachsenen Bauernbetriebe. Diese Politik der Nivellierung, die unter der Losung „Vernichtung des Kulakentums" durchgeführt wird, muß unter anderem auch die Sparfähigkeit des Dorfes noch weiter senken, denn gerade die ökonomisch kräftigsten Gruppen der Dorfbevölkerung sind auch die sparfähigsten [13]).

Drittens — die drückenden Steuern und Abgaben, mit denen der Staat das Volkseinkommen belastet, vermindern ebenfalls die schon ohnehin unbedeutende Sparfähigkeit der Bevölkerung.

Ich habe schon darüber geschrieben, daß die Anhänger des heutigen sowjetischen Systems oft behaupten, daß erst die Oktober-Revolution eine intensive bäuerliche Spartätigkeit ermöglicht hat, indem sie den russischen Bauern von der Last des Pachtzinses und anderer Tribute an Großgrundbesitzer befreite [14]).

Es ist wahr, daß diese Befreiung des Bauerntums vom Pachtzins ihm eine gewisse Entlastung brachte, es ist auch wahr, daß die heutigen staatlichen Steuern, die auf der landwirtschaftlichen Bevölkerung lasten, nicht schwerer sind als entsprechende Steuern vor dem Kriege [15]). Es ist aber eine unverantwortliche Verzerrung des tatsächlichen Bildes, wenn man dabei nicht hervorhebt, daß die oben erwähnte Entlastung durch die neu hinzugekommenen Lasten der „landwirtschaftlichen Preisschere" weit übertroffen wird. Dieser „Preisschere", die von der monopolen Staatsindustrie und dem staatlichen Handelsapparat offen gehalten wird, verdankten die Staatsunternehmen ihre hohen Gewinne. Diese Gewinne bilden den wichtigsten Posten der budgetären Einnahmen des Staates und sind also nichts anderes als das Geld der Bauern, das die-

13) Vgl. darüber den Artikel von Prof. N. D. Kondratjeff — „Zur Frage der Differenzierung im Dorfe" — in der Zeitschrift „Puti selskogo chosjaistwa", Nr. V. (1927).

14) Siehe z. B. — D. G. Lurje — „Der Aufbau des Sozialismus und die Frager des Fünfjahresplanes" (russ.), Staatsverlag 1928, Seite 114.

15) Siehe die Publikation der Kommission des Rates der Volkskommissare — „Die Steuerlast in USSR." (russ. — „Tjaschest oblo-schenja w SSSR") die Tabelle auf Seite 62. Verlag „Gosfinisdat", Moskau 1929. Vgl. auch die Literatur über diese Frage im Anhang zu meiner Arbeit.

sem unmerklich mittels der „Preisschere" aus der Tasche gezogen wurde. Die genaue Abschätzung derjenigen Summen, die die monopole Staatsindustrie aus dem Bauerntum mittels der „Preisschere" heraussaugt, ist sehr schwer. Der bekannte russische Volkswirtschaftler Prof. N. D. Kondratjeff schätzte diesen Betrag für das Jahr 1925/26 auf rund 750 Mill. Vorkriegsrubel[16]). Berücksichtigt man noch dazu die ungeheure Qualitätsminderung der heutigen Erzeugnisse der Sowjet-Industrie, so wird die in der offiziellen Statistik errechnete Schere noch weit mehr auseinander klaffen, so daß es richtiger wäre, den oben erwähnten Betrag minimal mit einer Milliarde Vorkriegsrubel (oder mit rund 2 Milliarden Tsch. Rbl.) anzusetzen. Das war die Schätzung für das Jahr 1925/26. Für die Gegenwart (1929/30) ist eine bedeutende Ermäßigung dieses Betrages kaum anzunehmen. Man kann also zu folgendem Schluß kommen, daß der Betrag, der dem Bauerntum jährlich mittels der „Preisschere" entzogen wird, 3—4 mal so groß ist, wie die gesamten direkten und indirekten Steuern, die heutzutage die landwirtschaftliche Bevölkerung belasten. Diese hohe Belastung des Einkommens der landwirtschaftlichen Bevölkerung ist eine der wichtigsten Ursachen der mangelhaften Sparfähigkeit dieser Bevölkerungsschicht.

Viertens — die Verpönung seitens der regierenden kommunistischen Partei des „bourgeoisen" Erwerbsbetriebes, „des arbeitslosen Einkommens" und ähnlicher „bourgeoisen" Sünden, wirkt negativ auf die Sparlust der Bevölkerung. Diese Spar-

---

16) Diese Schätzung von Prof. Kondratjeff wurde in der Arbeit von S. G. Strumilin („Die Abrisse der Sowjet-Oekonomik", (russ.), Staatsverlag 1928, Seite 490) veröffentlicht. Prof. Kondratjeff schätzte den gesamten Betrag, der dem Bauerntum im Jahre 1925/26 mittels direkter und indirekter Steuern und mittels der „Preisschere" entzogen wurde, auf rund 2 Milliarden Tsch. Rbl. Zieht man davon die 510 Millionen Tsch. Rbl., die die Bauern in diesem Jahre als direkte und indirekte Steuern bezahlt haben, ab, so bleiben rund 1½ Milliarden Tsch. Rbl. (mit Kaufkraft von 750 Millionen Vorkriegsrubel) übrig, die den von uns genannten Betrag ergeben.

Vgl. auch die Berechnungen bei A. Swidersky — „Die Entwicklung der Landwirtschaft und die Akkumulation in ihr" — in dem Sammelwerk — „Auf den Wegen des sozialistischen Aufbaus" (russ. — „Na putjach sozialist. stroitelstwa"), Staatsverlag 1927, Seite 110.

lust wird außerdem stark gehemmt durch die Angst der besonders eifrigen Sparer, von ihren ärmeren Genossen als „Bourgeois" oder „Kulak" gestempelt zu werden. Das schlecht disziplinierte Personal der Sparkassen gibt zu leicht die Geheimnisse ihrer Sparkonto-Inhaber der Oeffentlichkeit preis, so daß in kleinen Städten, Dörfern und Gemeinden einem vom Pöbel verschrienen „Bourgeois" jede Sparlust vergeht [17] [18]).

Fünftens — Die Vermögenskonfiszierungen der ersten Revolutionsperiode (1918—1921) brachten die Sparlust der Bevölkerung zur vollständigen Erlahmung. Die kurze Periode des „Nep"-Aufblühens, die bis zum Jahre 1925/26 dauerte, vermochte nicht die frische Erinnerung an diese Konfiszierungen aus dem Gedächtnis des Volkes zu verdrängen und somit die Sparlust zu regenerieren. Die Angst vor der Konfiszierung wurde wieder akut, als die Sowjet-Regierung seit dem Jahre 1925/26 einen deutlichen Kurs auf Liquidierung der „Neuen Oekonomischen Politik" genommen hat. Wieder hörte man von hier und da seitens der Lokalbehörden durchgeführten Konfiszierungen des „Nepmanns"- oder

---

17) In „Oek. Schisn.", Nr. 167 (1927), Seite 2, lesen wir: „Obwohl das Geheimnis der Sparkonten oftmals von der Regierung deklariert wurde, weist die Praxis oft Fälle des allergrößten Geheimnisbruches auf, dabei ist es keine Seltenheit, daß die betreffenden Sparkonto-Inhaber mit (zusätzlichen) örtlichen Abgaben belastet, dem Kulakentum zugerechnet und in diesen oder jenen ihrer Rechte beschränkt werden".

Vgl. darüber auch: „Oek. Schisn.", Nr. 138, (1927), S. 4, und „Prawda" Nr. 143, (1928).

18) Um die Sparer von dieser Angst zu befreien, hat die Sowjet-Regierung ab August 1927 die sog. „Sparkassen-Zertifikate", nach englischem Muster, eingeführt. Diese „Sparkassen-Zertifikate" werden von den Sparkassen ausgegeben, mit der Garantie der Regierung versehen, lauten auf Inhaber und tragen Zinsen, die aber nicht periodisch ausgezahlt werden, sondern dem nominalen Betrag des Zertifikats zugerechnet werden. Somit verdoppelt sich der Wert des Zertifikates innerhalb von 6 Jahren. Dem Besitzer des Zertifikats ist die Möglichkeit gegeben, zu jedem gewünschten Moment das Zertifikat nebst angelaufenen Zinsen bei jeder Staatssparkasse ohne jeglichen Verlust zu realisieren. Diese an und für sich sehr bequeme Form des Sparens hat sich aber bei den wenig gebildeten Volksmassen des Landes nicht einbürgern können. Seit der Zeit der Einführung dieser Zertifikate bis zum heutigen Tage sind durch Ausgabe dieser Zertifikate im ganzen bloß ein paar Mill. Tsch. Rbl. den Sparkassen zugeflossen.

„Kulaken"-Vermögens. Meist war diese Handlungsweise der Lokalbehörden ungesetzlich, wurde aber von der Zentralbehörde geduldet. Das Jahr 1929/30, das unter der Devise „Vernichtung des Kulakentums" vergeht, brachte auch das Dekret der Zentralregierung mit sich (das Dekret der „ZIK" und des „Rates der Volkskommissare" d. USSR. vom 1. Februar 1930 — veröffentl. in „Prawda", 2. Febr. 1930), laut dem den Lokalbehörden offiziell das Recht zugesprochen wurde, „im Kampfe gegen das Kulakentum" die Methoden der Vermögenskonfiskation anzuwenden. (Durch dieses Dekret ist das Schicksal der „Nep" besiegelt). Da aber der Begriff „Bourgeois" oder „Kulak" ein höchst relativer Begriff ist, so läuft praktisch jeder fleißige und sparsame Mensch Gefahr, seines angesammelten Vermögens verlustig zu gehen. Auch wird in den Augen der Bevölkerung durch die gegenwärtige willkürliche Handhabung der Steuergesetzgebung seitens der staatlichen Finanzorgane jede Grenze zwischen Besteuerung und Konfiszierung gründlich verwischt. All das tötet die Sparlust.

Sechstens — einer der wichtigsten die Sparlust hemmenden Faktoren ist der fehlende Glaube an die Stabilität der Tscherwonetz-Währung. Auch hier ist die erlebte Inflation noch frisch in der Erinnerung aller Sparer. Die ungesunde Eigenart der sowjetischen Währung und Preissystems nährt noch mehr das Mißtrauen der Bevölkerung gegen die Tscherwonetz-Währung.

	Landwirtsch. Waren	Industrie Waren	Insgesamt alle Waren	Staatlicher Handel	Genossensch. Handel	Privater Handel	
	1913 = 100,0			1913 = 100,0			
1. Okt. 1925	155,6	194,9	174,2	—	—	—	
1. „ 1926	156,6	204,1	178,8	200,0	197,0	224,0	
1. „ 1927	153,1	188,2	170,0	183,0	183,0	226,0	
				Im Vergesellschaftlichen Handel	Privaten Handel	Im gesamten Handel (mit veränderlich. Gericht.) [4]	
1. Okt. 1928	165,5	187,3	176,1	194,0	257,0	205,0	
1. Jan. 1929	—	—	—	197,0	272,0	210,0	
1. April 1929	—	—	—	202,0	313,0	220,0	
1. Juli 1929	—	—	—	203,0	339,0	224,0	
1. Okt. 1929	175,6	188,1	181,7	204,0	354,0	221,0	
1. Jan. 1930	175,5	189,5	182,3	208,0	410,0	230,0	
1. April 1930	176,6	198,0	187,0	204,0	467,0	215,0	

1) Aus — „Oek. Obosrenje", Nr. 3 (1930), Seite 188.

2) Aus — dito. Seite 189.

3) Der Kleinhandelsindex bis zum 1. Okt. 1928 = der sog. „Kleinhandelsindex des Konjunkturinstitutes", vom 1. Okt. 1928 wird dieser Index von dem „Oek. Statist. Sektor der staatl. Plankommission d. USSR." errechnet.

4) Die Gewichte des privaten Handels verkleinern sich von Jahr zu Jahr entsprechend dem abnehmenden Anteil des (von der Verdrängung des privaten Handels durch den „vergesellschaftlichten" — d. h. den staatlichen Handel und den genossenschaftlichten Handel — habe ich schon oben gesprochen.

Die fallende Kaufkraft der Tscherwonetz-Währung auf dem freien, „privaten" Markte, deren Tempo und Ausmaße im Jahre 1928/29, 1929/30 u. ff. von einer regelrechten Inflation zeugen, ist ein Beweis dafür, daß das Mißtrauen der Bevölkerung zum Tscherwonetz nicht unbegründet war [19]).

---

19) Die Eigenart des sowjetischen Währungs- und Preissystems besteht —

erstens — in der hohen Diskrepanz zwischen dem offiziellen Wechselkurs des Tscherwonetz und seiner inneren Kaufkraft. Der offizielle Wechselkurs wird künstlich auf der Goldparität gehalten (ein Tscherwonetz-Rbl. = 1 Goldrubel = 2,16 R.Mk.)

Zweitens — in der außerordentlichen Diskrepanz zwischen dem offiziellen Wechselkurs des Tscherwonetz und seinem Wechselkurs im freien Handel, auf der „schwarzen Börse" (auf der „schwarzen Börse" steigt der Preis der „Zaren-10 Rubel" Goldmünze seit dem Jahre 1926 fortwährend in die Höhe und erreicht im Jahre 1929/30 einen Preis von 10 Goldrubelmünze = 30 Tscherwonetz-Rubel. Der Preis für ausländische Währungen steigt auf der „schwarzen Börse" dementsprechend).

Drittens — in der Diskrepanz zwischen dem Warenpreisniveau des staatlichen „gebundenen" Handels und dem Warenpreisniveau des privaten freien Marktes. (Aus der eben gegebenen Tabelle sehen wir, daß die innere Kaufkraft der Tscherwonetz-Währung zwei Größen hat: auf dem „gebundenen" Markte bleibt sie ungefähr stabil, schon seit Jahren, auf der Höhe von 1 Tsch.Rbl. = der Kaufkraft des 0,5 „Vorkriegsrubels"; auf dem privaten Markte dagegen ist diese Kaufkraft viel niedriger, fällt schon seit Jahren und erreicht am 1. April 1930 einen Tiefstand von ungefähr 1 Tsch. Rbl. = 0,20 eines „Vorkriegsrubels". — Siehe die obige Tabelle).

Die wachsenden Warenpreise auf dem privaten Markte zeugen von der inflatorisch wirkenden Papiergeldemission in der Sowjet-Union. Die durch diese Emission geschaffene Kaufkraft findet nicht das entsprechende Warenangebot auf dem gebundenen Markte des „vergesellschaftlichten" Handels. Die Bevölkerung wendet sich mit diesem unbefriedigten Teil ihrer Kaufkraft dem privaten Markte zu und treibt somit die Preise in diesem „privaten Sektor" in die Höhe. Da aber der private Sektor des Handels mehr und mehr eingeengt wird und sein Gewichtsanteil in dem gesamten Handel der Sowjet-Union rapide abnimmt, so wird das Preisniveau des privaten Handels von immer kleinerer Bedeutung für das gesamte Warenpreisniveau. Dies aber schafft nicht die Tatsache der inflatorisch wirkenden Geldemission und der überflüssigen Kaufkraft auf dem Markte aus der Welt. Die steigenden Preise auf dem freien privaten Markte werden von der breiten Volksmasse als generelle Inflation empfunden. Die Bevölkerung hamstert alte Goldmünzen, fremdes Währungsgeld und so-

Der Tscherwonetz verliert immer mehr und mehr seine Eigenschaft als Sparmittel, und seine Unstabilität wirkt hemmend auf die Sparlust der Bevölkerung.

2. Nachdem wir alle die Umstände, unter denen sich der Sparprozeß in der USSR. vollzieht, untersucht haben, wenden wir uns endlich der Beantwortung der Frage über die vom Staat durchgeführte Akkumulation der Volksersparnisse zu. Wie groß also ist die Emission der inneren Staatsan-

---

gar (ab Sommer 1930) die minderwertige silberne Scheidemünze. Vgl. darüber: „Iswestija" vom 26. Juli (1930). Die Gefahr des Goldabflusses wegen der Diskrepanz zwischen dem offiziellen Wechselkurs und der inneren Kaufkraft der Tscherwonetz-Währung ist in der Sowjet-Union dank des Bestehens des Außenhandelsmonopols stark vermindert, aber auch dieses Außenhandelsmonopol ist nicht allmächtig. Es besteht in der Sowjet-Union, was wenig bekannt ist, ein ausgedehnter Schmuggelimporthandel, dessen Größe nach verschiedenen Schätzungen ungefähr ein Zehntel des legalen Imports ausmacht. (Man schätzt die importierte Kontrebande (— der Exportschmuggel ist minimal —) ungefähr auf 40—80 Millionen Tsch.Rbl. pro Jahr — Vgl. darüber — „Oek. Schisn.", Nr. 24, 35, 275, des Jahrgangs 1925 und Nr. 5 (1926) und Nr. 23 (1927), Nr. 68 (1928); ferner — „Torg. prom. Gazetta", Nr. 71 (1928), ferner die Publikation des Handelskommissariats d. USSR. — „Der Außenhandel d. USSR. innerhalb von 10 Jahren", (russ.) (1928), Seite 284; ferner — S. Bakulin — „Die Bewegung der Kontrebande in den Jahren 1922/23 — 1927/28" — in der Zeitschrift „Sowjetskaja torgowlja", Nr. 43 (1929)).

Diese Kontrebande erzeugt eine bedeutende Nachfrage im Innern des Landes nach Goldmünzen und ausländischen Banknoten, und zusammen mit dem Hamstern der Bevölkerung treibt sie die Preise für diese Goldmünzen und Banknoten in die Höhe. Da helfen auch die rigorosesten Verbote und Strafen der Regierung nichts. Es bildet sich somit ein „freier" Wechselkurs für Tscherwonetz, obwohl die Tscherwonetz-Währung als nur „inländische" Währung zu betrachten ist, deren Einfuhr und Ausfuhr streng verboten ist. (Entsprechend der inoffiziellen Notierungen der ausländischen Währungen innerhalb der Sowjet-Union gibt es auch eine inoffizielle Notierung des Tscherwonetz in ausländischen Wechselstuben: Anfang August 1930 verkaufen die Berliner Wechselstuben 10 Tscherwonetz-Rbl. für 4,50 RMk., d. h. beinahe für ein Fünftel der offiziellen Parität der sowjet-unionistischen Staatsbank. (Parität — 10 Tsch.Rbl. = 21,60 R.Mk.

Eine glänzende Beschreibung des Wesens der sowjetischen Währung und Preissystems findet man in dem Buch von Prof. L. N. Jurowsky: „Die Geldpolitik der Sowjetmacht. 1917—1927". (russ.) Verlag Finisdat, Moskau 1928, S. 309—325.

leihen der Sowjet-Union, und welche Methoden wendet die Sowjet-Regierung an, um ihre inneren Staatsanleihen abzusetzen?

Die folgenden Zahlen geben Auskunft über die Größe der inneren Staatsschuld der Sowjet-Union.

Die Entwicklung der inneren Staatsschulden der USSR.[20])[21]).
(der Rest der Schulden in Mill. Tsch. Rbl.)

Staatsanleihe am 1. X.	1922	1923	1924	1925	1926	1927	1928	1929
Insgesamt	2,5	117,8	218,17	367,3	417,7	742,7	1298,8	2052,8

Innerhalb von 7 Jahren (ab 1922—1. X. 1929) also vermochte der Sowjet-Staat seinen inneren Kredit von der Nullgrenze[22]) bis zu der stattlichen Höhe von rund 2 Milliarden Tsch. Rbl. zu steigern[23]). Das Tempo des jährlichen Anwachsens dieser Kreditoperation ist auf den ersten Blick erstaunlich rapide. Die Zahlen scheinen all dem, was ich über die Verkümmerung der privaten Sparlust geschrieben habe, zu widersprechen. Betrachtet man aber den Prozeß der staatlichen Anleiheemissionen etwas ge-

20) Ohne die sogenannte „Anleihe des wirtschaftlichen Wiederaufbaus", die ihren Anleihecharakter verloren hat.

21) Die Zahlen für 1. X. 1922 bis einschließlich 1. X. 1924 — aus der Publikation des Zentr. Statist. Amtes d. USSR. „Das Fazit der 10 Jahre der Sowjet-Macht in Zahlen. 1917 1927", (1928), (russ.), S. 491.

Die Zahlen für 1. X. 1925 bis einschließlich 1. X. 1928 aus den Statistischen Angaben der Zeitschrift des Volkskommissariats der Finanzen „Westnik Finansow", Nr. 4 (1929), S. 165.

Die Zahlen für das Jahr 1929 aus der Publikation des Volkskommissars d. Finanzen. W. P. Brjuchanow — „Die Finanzen des zweiten Jahres des Fünfjahresplanes", S. 31, Verlag „Gosfinisdat" 1930.

22) Die Staatsschuld des vorrevolutionären Rußlands wurde, wie bekannt, durch das Dekret der Sowjet-Regierung vom 20. I. 1918 annulliert.

23) Gewiß stellen diese 2 Milliarden Tsch. Rbl. (die eine Kaufkraft von höchstens 1 Milliarde Vorkriegs-Rubel repräsentieren), nur einen Bruchteil der rund 5 Mld. Rbl. inneren Staatsschuld des Vorkriegsrußlands dar. Berücksichtigt man aber, daß das Vorkriegsrußland vieler Jahrzehnte bedurfte, bis es diese Summe erreichte, so wird das Tempo des jährlichen Anwachsens der sowjetischen Kreditoperationen erstaunlich schnell erscheinen.

nauer, so wird man sehen, daß dieses rapide Wachstumstempo durch besondere Ursachen erzeugt wird, die weder mit dem steigenden Wohlstand oder der Kapitalbildung der Bevölkerung, noch mit der gehobenen Kreditwürdigkeit des Staates zu tun haben.

Womit kann man also dieses erstaunliche Wachstum des Staatskredites der Sowjet-Union erklären? Man kann dafür folgende Gründe anführen:

Erstens — besitzt die Sowjet-Union keine andere Art der Obligationen, außer den Staatsanleihepapieren. Der Staat besitzt hier ein Monopol in der Akkumulation der volkswirtschaftlichen Ersparnisse. Die sowjetischen Staatsanleihen kennen nicht die Konkurrenz der Obligationen, Aktien, Pfandbriefe und ähnlicher Wertpapiere der anderen Wirtschaftsorganisationen, die in anderen Ländern viele Milliardenbeträge der Volksersparnisse zu absorbieren pflegen.

Zweitens — tragen die Staatsanleihe-Subskriptionen der Sowjet-Union in hohem Grade einen Zwangscharakter. Dies entspricht vollkommen der „planwirtschaftlichen Organisation" des Sowjet-Staates. Die freiwillige, private Kapitalbildung widerspricht der Struktur der Sowjet-Wirtschaft. Eine gebundene Planwirtschaft ist mit freier Kapitalbildung unvereinbar.

„Was bedeutet die Zulassung einer vollen und unbegrenzten Freiheit der Spartätigkeit?" fragt der Kommunist N. Pawlow[24]) und gibt darauf folgende Antwort: „Das bedeutet die Freiheit der mit elementarer Kraft ausgestatteten Akkumulation, die unvermeidlich einen ausbeuterischen Charakter annimmt; das bedeutet — das Eröffnen der Entwicklungswege für das „Kulakentum" und die „Nep-Bourgeoisie". Das bedeutet auch — die Schwächung der Rolle des Staatsbudgets als planmäßigen Regulator der volkswirtschaftlichen Ersparnisse und als Neuverteiler der Produktionskräfte. Das bedeutet auch, daß unsere Planwirtschaft in eine Abhängigkeit von dem freien Zustrom der Ersparnisse in die Kreditorganisation gesetzt wird, d. h. in eine Abhängigkeit vom freien Spiel der ökonomischen Kräfte. Letzten Endes bedeutet das also — die Schwächung der Rolle des Proletariats und seiner „Kommando-Höhen"."

24) „Oek. Schisn.", Nr. 198 (1927), S. 6.

Die Planwirtschaft kann nicht auf der freien, unsystematischen Kapitalbildung basieren, sondern muß stets zu vorausbestimmten und in vorausbestimmter Größe diese Kapitalbildung von der Volkswirtschaft erzwingen. Es ist deshalb vollkommen konsequent, wenn die Sowjet-Regierung alle ihr zur Verfügung stehenden Machtmittel dafür verwendet, um das „Zwangssparen" zu organisieren und dem Staatsbudget eine kapitalbildende Rolle zu übertragen [25]).

Das Sowjet-Recht schreibt den Staatsbetrieben aller Wirtschaftszweige vor, den größten Teil (60 % und mehr) ihrer Reservekapitalien in Staatsanleihepapieren zu halten. Auch den Staatssparkassen, Staatsversicherungs- und ähnlichen Organisationen ist es vorgeschrieben, ihre freien Mittel in die Obligationen der Staatsanleihen zu investieren[26]). Nach Berechnungen des Volkskommissariats der Finanzen hat der „vergesellschaftlichte Sektor" der Volkswirtschaft folgenden Besitzanteil an den Staatsanleihen [27]):

am 1. X.	1925	1926	1927	1928
	in Mill. Tsch. Rbl.			
Gesamtsumme der Staatsanleihe-Obligationen im Verkehr:	367,3	417,7	742,8	1298,8
davon:				
1. in dem „vergesellschaftlichten" Sektor:	256,1	320,0	581,2	857,0
2. in privaten Händen:	111,2	97,7	161,6	441,8

25) Die Tatsache, daß die Methoden des „Zwangssparens" negativ auf die Arbeitsleistungswilligkeit der Bevölkerung wirken, wird von der Sowjet-Regierung wenig berücksichtigt.

26) Für die Staatsindustrie waren die sog. „8 %igen inneren Anleihen" bestimmt. Im Jahre 1929/30 wurde die Staatsindustrie vom Kauf dieser Anleihen befreit, dafür aber wurde die auf ihr lastende Einkommensteuer dementsprechend erhöht. (Vgl. darüber bei N. P. Brjuchanow (Volkskommissar der Finanzen d. USSR.) — „Die Finanzen des 2. Jahres des Fünfjahresplanes" (russ.), Verlag „Gosfinisdat" (1930), S. 52.

27) „Westnik finansow", Nr. 4 1929), S. 169.

am 1. X.	1925	1926	1927	1928
		in Prozent		
Gesamtsumme der Staatsanleihe-Obligationen im Verkehr:	100,0	100,0	100,0	100,0
davon:				
1. in dem „vergesellschaftlichten" Sektor:	69,8	76,9	78,3	66,1
2. in privaten Händen:	30,2	23,1	21,7	33,9

Wir sehen also, daß am 1. X. 1928 von der Gesamtsumme der im Verkehr befindlichen Staatsanleiheobligationen sich nur rund $^1/_3$ im Besitz der privaten Kreise befand. Von diesen im privaten Sektor der Volkswirtschaft befindlichen Staatsanleiheobligationen sind rund $^8/_{10}$ im Besitze der Arbeiter und Angestellten, ca. $^1/_{10}$ bei der übrigen „unorganisierten", städtischen Bevölkerung, und das letzte Zentel (d. h. rund 50 Millionen Tsch. Rbl. am Anfang des Jahres 1928/29) befindet sich in den Händen der Bauernschaft [28]).

Dieser geringe Besitzanteil der Bauernschaft an Staatsanleihen ist ein Beweis dafür, daß selbst die drastischen Zwangsmaßnahmen, die die Sowjet-Regierung beim Vertrieb ihrer Anleihen anwendet, bei den „undisziplinierten" Bauern meistens versagen. Es ist auch interessant, darauf hinzuweisen, daß im Jahre 1925/26 ein deutliches Sinken sowohl der absoluten Summe des Privatbesitzes an Anleihen wie auch dessen Anteil an der Gesamtsumme zu konstatieren war. Das kann man damit erklären, daß die Sowjet-Regierung in diesem Jahre das kühne Experiment unternahm, die Zwangsmaßnahmen gegenüber der Privatbevölkerung bei Placierung der Staatsanleihen zu mildern. Da aber die immer wache Abneigung der Bevölkerung gegen die heutigen Staatsanleihen sich sofort auswirkte, mußte man von den liberalen Methoden absehen, und die Schraube des Zwanges noch schärfer anziehen. Ohne die Zwangsmethode wäre der Absatz der Staatsanleihe bei den privaten Kreisen wenig aussichtsreich.

Die Zwangsmethoden, die die Sowjet-Regierung bei Placierung ihrer Anleihen anwendet, sind ziemlich raffiniert. Die ver-

28) Ebenda S. 34.

breitetste Methode besteht in der Anwendung der sogenannten „kollektiven Subskription". In diesem Falle treten auf Wink von oben die kommunistischen Zellen in allen Betrieben hervor und rufen alle Genossen ihrer Betriebe zur „kollektiven Supskription" auf die emittierten Staatsanleihen. Dabei spart man nicht mit patriotischen Losungen jeglicher Art — je nach Bedarf: „Um die Finanzblockade der internationalen kapitalistischen Haifische zu durchbrechen" oder „um den Aufbau des sozialistischen Vaterlandes trotz aller feindlichen Prophezeiungen zu beschleunigen" usw.

Die kommunistische Zelle bzw. das Betriebskomitee der Arbeiter ruft eine Generalversammlung der Angestellten und Arbeiter zusammen, und diese Versammlung beschließt in öffentlicher Abstimmung (durch Handaufheben) einen bestimmten Teil des Monatslohnes zur Anleihesubskription zu verwenden. Diejenigen, die es wagen, sich an solcher Subskription nicht zu beteiligen, werden sofort von den Kommunisten als Verräter und „Contrerevolutionäre" verschrien und laufen Gefahr, aus den Betrieben und Gewerkschaften hinausgeworfen zu werden, was (das letztere nämlich) in der Sowjet-Union einer Verurteilung zum Leben eines Paria gleichkommt. Die Bevölkerung versuchte diese Zwangsmaßnahmen damit zu parieren, daß sie in die „kollektive Subskription" einwilligte, die erhaltenen Obligationen aber bei erster Möglichkeit absetzte oder lombardierte. Dieses „Abschütteln", wie man es in der Sowjet-Union nennt („sbroska") der Anleihen führte dazu, daß die Staatskassen ihre Anleihen schließlich zurückerwerben mußten, um die Kursnotierungen dieser Staatspapiere nicht sinken zu lassen. Die Aufrufe der Regierung (siehe z. B. „Prawda", Nr. 153 (1929)), die Anleihen zu behalten, um den „sozialistischen Aufbau nicht zu gefährden", blieben ohne Wirkung. Deshalb ergänzte man die oben beschriebenen Zwangsmaßnahmen bei der Subskription dadurch, daß die gezeichneten Anleihestücke „zur Aufbewahrung" dem Betriebsrat abgegeben werden mußten, und die Aushändigung der Anleihestücke erfolgte nur in dem Falle, wenn der Anleihebesitzer dem Betriebsrat seine große Notlage zu beweisen vermochte.

Die Verordnung der „ZIK" und des „Rates der Volkskommissare der USSR." vom Februar 1930 („Istwestja", Nr. 53, 1929) beraubt die Besitzer der vier allerverbreitetsten Anleihen

(1., 2., und dritte „Industrialisierungsanleihe" und die „Anleihe zur Kräftigung der Bauernwirtschaft") schon offiziell ihres Rechtes, ihre Anleihestücke zu verkaufen oder zu verpfänden. Eine Ausnahme von dieser Regel wird nur bei denjenigen gemacht, die ihre große Notlage einer speziellen Staatskommission („Zentr. Kommissia sodejstwja gos. kreditu") zu beweisen vermögen. Zur Zeit der Veröffentlichung dieser Verordnung machten die oben erwähnten vier Anleihen fast den gesamten Anleihebesitz der privaten Bevölkerung aus. Alle übrigen Anleihen haben, wie bekannt, keinen marktgängigen Charakter und befinden sich in den Portefeuilles der staatlichen und genossenschaftlichen Organisationen. Also praktisch gesehen, wird mit dieser Verordnung die Zwangsartigkeit und Illiquidität der Sowjet-Anleihen offiziell bestätigt. Dieses Verbot (des Verkaufs und der Verpfändung der Anleihestücke) war anfänglich als vorübergehend gedacht, und angeblich nur anläßlich der Vorbereitung zur Ausgabe einer großen Konvertierungsanleihe („Pjatiletka"-Anleihe) im Jahre 1930 erlassen worden. Es besteht aber kein Zweifel daran, daß diese Verordnung eine dauernde und für alle Anleihen geltende Kraft behalten wird.

Es ist also unwahrscheinlich, daß die freiwillige Spartätigkeit der Bevölkerung in nächster Zukunft in größerem als dem bis jetzt erzielten Maßstabe sich zu vollziehen vermag.

Man wird somit notgedrungen versuchen, noch mehr, als es bis jetzt geschah, die freiwillige Spartätigkeit durch eine erzwungene zu ersetzen, um die nötigen Kapitalien zur Finanzierung der Industrialisierung zu erlangen. Nicht das persönliche Ermessen des Sparers wird jetzt maßgebend für die Festsetzung der Quote, die er von seinem Einkommen zu sparen beabsichtigt, nicht sein persönlichess Ermessen und seine Empfindung entscheiden über die Größe der Opfer, die er seiner Gegenwart zugunsten seiner Zukunft auferlegt, sondern der Staat selbst setzt die Sparquote und die Opfer fest, ohne die Bevölkerung nach ihren Empfindungen zu fragen. Ob die Bevölkerung sich mit diesen Opfern abfinden wird, das wird erst die Zukunft zeigen.

Wir sehen also, daß alle die drei oben beschriebenen Wege, die die Sowjet-Regierung wählen könnte, um eine größere Kapitalbildung innerhalb des Staatsbudgets und damit auch größere Finanzierung der Staatsindustrie zu erzielen, durch eine Reihe von Hindernissen versperrt sind. Sie zu überwinden, wäre eine außerordentliche Leistung.

IV. Die Finanzierung der Sowjet-Industrie aus dem Kredit-Apparat.

Die ersten zwei Jahre nach der Einführung der Tsch.-Währung spielte das Banksystem in der Finanzierung der Sowjet-Industrie eine bedeutende Rolle. (s. d. Tab. auf S. 14). Das große Vacuum im Geldumlauf, das gewöhnlich nach Beseitigung der entwerteten Währungen entsteht, gestattete auch hier große Geldemissionen, die mittels der Banken in erster Linie von den staatlichen Betrieben ausgenutzt wurden. Die relativ großen eigenen Gewinne der Banken und die wachsenden Depositen der verschiedenen Wirtschaftszweige erlaubten es dem Banksystem, die kurzfristige, aber auch die langfristige Finanzierung des Industrie-Aufbaues (nach den Anweisungen der zentralen Planstelle) in großen Maßstäben durchzuführen. Aber allmählich mußten einerseits die Geldemissionen normale Dimensionen annehmen. Andererseits bleibt das stürmische Wachsen der Depositen außerindustrieller Wirtschaftszweige aus, da mit der „Erstarkung des Plangedankens" eine Wegsteuerung der Gewinne aller staatlichen Handels- und anderen Betriebe für zweckmäßig gehalten wird. (Damit soll eine planvolle von der Zentralstelle besser kontrollierte Verteilung des sich neu bildenden Kapitals gewährleistet werden). Der Anteil der Finanzierungen der Industrie seitens des Banksystems (die sog. „echten" Bankkredite) an der gesamten Kapitalbeschaffung der Industrie nahm rapide ab. (Der Anteil im Jahre 1923 24 — 66,1 %, im Jahre 1929/30 = 8,5 % — s. d. Tab. auf S. 14). Dagegen, die „unechten" Bankkredite, d. h. diejenigen Mittel, die aus dem Staatsbudget zur langfristigen Finanzierung der Industrie bestimmt werden, und den Bankapparat nur durchlaufen, nehmen parallel mit der wachsenden Bedeutung des Staatsbudgets in der Wirtschaft der U.S.S.R. außerordentlich stark zu. Somit hat das Banksystem in dem heutigen Rußland die Bedeutung des Verteilers der freien Gelder und der Kapitalien verloren und ist, nach einer trefflichen Bemerkung von Prof. A. A. Sokolow allmählich zum „Schalterfensterchen" des Volkskommissariats der Finanzen degradiert. Diese Entwicklung aber entspricht vollständig dem zentralistischen Aufbau der „Planwirtschaft".

Aus der Tabelle auf S. 14 ersehen wir, daß die „echten" Bankkredite im Jahre 1930/31 eine plötzliche Steigerung erfuhren

Das ist aber nur ein Abglanz der in diesem Jahre durchgeführten und sofort mißglückten Bankreform, die begleitet von einer außerordentlichen Lockerung der Prinzipien der „kaufmännischen Kostenrechnungen" bei den sowjetischen Betriebsbürokraten, zu einer neuen Inflation führte.

II. Abschnitt: Die Industrialisierung der U.S.S.R. und das Problem der Arbeitskraft.

Ich habe schon geschrieben, daß Rußland litt, leidet und noch lange Zeit leiden wird an der „relativen Agrarübervölkerung". Einen Mangel an ungelernten Arbeitskräften wird die wachsende Industrie kaum spüren können (das Verschwinden der Arbeitslosigkeit in der heutigen Sowjet-Union kann nur als „versteckte Arbeitslosigkeit" gewertet werden. Die Haupterklärung dazu ist, die mit den wachsenden Ernährungsschwierigkeiten parallel wachsende „Fluktuation", „Beweglichkeit" — „Tekutschestj" — der Bevölkerung).

Anders ist es mit der qualifizierten Arbeitskraft. Der Mangel an dieser und die Unmöglichkeit, das Volk in einem Expreßtempo kulturell zu heben, wird zu einer außerordentlich starken Gegenkraft, die die Bäume der „unorganischen" Industrialisierung nicht zum Himmel wachsen lassen wird.

III. Abschnitt: Die Industrialisierung der U.S.S.R. und das Problem des Absatzmarktes.

Die andere Gegenkraft, die das übertriebene Tempo der Industrialisierung dämpfen muß, kommt von der Seite der Landwirtschaft, die unter heutigen Bedingungen der Sowjetmacht, keinen breiten Absatzmarkt für die Industrie bilden kann. Bis jetzt brauchte die sowjetische Staatsindustrie sich um den Absatz wenig Sorgen zu machen. Die verstaatlichte Verbrauchsgüterindustrie hatte in allen diesen letzten Jahren die große Nachfrage zu befriedigen, die sonst auch von dem (im früheren Rußland stark entwickelten und jetzt allmählich erwürgten) privaten Handwerkertum und von den (jetzt abgetrennten, relativ stark industrialisierten) Randstaaten und dem übrigen Ausland gedeckt wurde. Auch war die Nachfrage aller verflossenen Jahre systematisch mittels einer

leicht dosierten Inflation stimuliert. (Die bösen Folgen dieser übermäßigen Geldemissionen zeigten sich erst im vollen Maße seit dem Jahre 1931).

Die Produktionsmittel-Industrie war ebenfalls in Bezug auf den Absatz in einer günstigen Lage, da die ungeheure Zwangskapitalbildung und Investition in das stehende Kapital des Landes zu einer außerordentlichen Nachfrage der Produktionsmittel führen mußte. Es wird aber bald die Zeit kommen, in der die in den letzten Jahren so ergiebig gebrauchten raffiniertesten Methoden des „Zwangssparens" in ihrer Wirkung auf die müde gewordene Bevölkerung abstumpfen, was zur Verlangsamung der Investitionen führen wird. Die stark ausgebaute Produktionsmittel-Industrie wird eine gefährliche Schrumpfung ihres Absatzmarktes erleben müssen.

Aber auch für die schlecht oder recht erweiterte Verbrauchsgüter-Industrie wird die Absatzmarktsituation kaum günstig. Die Früchte der Investitionen in diese „leichte" Industrie werden sich bald zeigen müssen. Der Kontakt mit dem natürlichen und allerwichtigsten Abnehmer dieser Industrie — mit der Landwirtschaft — fehlt. Der belebende Austausch von Leistungen zwischen diesen beiden Zweigen kann nur vor sich gehen, wenn beide Partner mit der Größe der Gegenleistung einverstanden sind. In der Sowjet-Union ist es aber anders. Alle Preise der staatlichen Kauf- und Verkaufsorganisationen sind fixiert, und dabei so, daß die Landwirtschaft, die 10—12 Jahre hindurch den Kürzeren gezogen hat und unter der „Preisschere" zu leiden hatte. Um von dieser „Preisschere" (die von der Regierung als die Hauptquelle der Kapitalbeschaffung — sog. „Mechanismus der Preise" — angesehen wurde) zu entgehen, verzichteten die Bauern allmählich auf die Tauschbeziehungen mit der Stadt und Industrie und drohten, beide auf Hungerrationen zu setzen und ohne landwirtschaftliche Rohstoffe zu lassen. So sah sich die Sowjet-Regierung schon in den Jahren 1926—1927 vor einer überaus gefährlichen Alternative: entweden verzichtet man auf die „Preisschere" (somit aber auch auf das rasche Tempo der Industrialisierung) und unternimmt nichts gegen die individuelle Bereicherung der einzelnen Bauern („Vermögensdifferenzierung") oder aber man zerschlägt die individualistische Gesinnung und die Wirtschaftsordnung der freien Bauernschaft und zwingt mittels der konsequenten Kollektivisierungspolitik

die Bauern zur Arbeit und zum Austausch mit der Stadt. Es ist klar, daß die Sowjet-Regierung nur den zweiten Weg nehmen konnte; denn der erste Weg wäre für sie der Weg des Selbstmordes, da, wie ich schon oben schrieb, der wirtschaftlich erstarkte Bauer bald seinen Anteil an der Regierungsmacht gefordert und die Frage über Heiligkeit des Privateigentums gestellt hätte.

Die Kollektivisierungspolitik, begleitet von unmenschlichen Zwangsmethoden, brachte aber innerhalb von 3—4 Jahren (von 1929 bis 1933) nur den Ruin der Landwirtschaft (besonders der Viehwirtschaft) und eine Hungersnot, deren Stärke im Jahre 1933 laut privaten Berichten der Hungersnot des furchtbaren Jahres 1921 entspricht.

Vielleicht wird es auch der Sowjet-Regierung bald einleuchten, daß eine weitere Entwicklung der Industrie nur Schritt um Schritt parallel der Wiederherstellung der privaten, freien Bauernschaft gehen kann, einer Bauernschaft, die ohne jede Aufsicht für sich selbst und auf dem Wege des freien Austausches mit der Industrie auch für die städtische Bevölkerung sorgen kann.

Selbstverständlich muß aber dabei auch die Industrie billig und gut arbeiten, damit sie sich die Landwirtschaft als Absatzmarkt erschließe. Ob das die sowjetischen verbürokratisierten, ohne jegliche Initiative, Interesse und Selbstverantwortlichkeit arbeitenden Betriebsbeamten erreichen können, ist, nach den Erfahrungen der verflossenen Jahre urteilend, sehr fraglich.

Schlußwort.

Die „relative agrare Uebervölkerung" Rußlands ist sein allerwichtigstes sozial-ökonomisches Problem. Die Ueberwindung dieser Erscheinung muß man gleichzeitig auf verschiedenen Wegen versuchen: 1) durch Begünstigung und Finanzierung der inneren Kolonisation; 2) durch Aufmunterung der Bauern zum Uebergang vom extensiven, einseitigen landwirtschaftlichen System zur arbeitsintensiven, vielseitigen („diversification") Wirtschaftsmethode, wozu man in erster Linie sowohl die fortschritthemmende Obschtschina zerschlagen, (wie es schon Stolypin getan hat), wie auch die katastrophale Kollektivisierungspolitik aufgeben müßte; 3) durch die Förderung der Industrie, die den Menschenüberschuß aus der Landwirtschaft aufsaugen können wird.

Rußland muß und wird sich industrialisieren, mögen auch die Regierungsformen wechseln oder nicht. Die Vorbedingungen dieser Industrialisierung: Vorhandensein der qualifizierten Arbeitskraft, des Absatzmarktes und des Kapitals werden, hoffentlich, erfüllt.

Ob es auch der Sowjet-Regierung gelingt, diejenigen Hindernisse, die durch den Mangel an qualifizierter Arbeitskraft und durch den engen Absatzmarkt entstehen, schon in nächster Zukunft aus dem Wege zu räumen, scheint, wie ich schon geschrieben habe, recht zweifelhaft.

Was die Frage der Kapitalbeschaffung anlangt, so muß man anerkennen, daß sie bis jetzt von der Sowjet-Regierung meisterhaft gelöst wurde. Die U.S.S.R. hat eine Kapitalbildung, deren Ausmaß beispiellos ist: ein Viertel der gesamten volkswirtschaftlichen Netto-Leistung dient nicht dem unmittelbaren Gegenwartskonsum der Bevölkerung, sondern hat als Zweck die Vergrößerung der stehenden Anlagen der Wirtschaft. Wir wissen aber, daß diese Opfer und Entbehrungen von dem russischen Volke nicht freiwillig geleistet, sondern mit raffiniertesten Methoden des „Zwangsparen" erreicht werden. Die Kapitalbildung, die den Prozeß der Industrialisierung des Landes erst möglich macht, wird nicht dem freien Ermessen der Bevölkerung überlassen, wie es in der freien Marktwirtschaft geschieht, sondern vom Staate erzwungen. Der Grad dieser Kapitalbildung, die Sparquote, der Grad der Belastung der Gegenwart zu Gunsten der Zukunft wird vom Staate diktiert. Man kann wohl behaupten, daß diese Belastung der heutigen Generation zu Gunsten der zukünftigen ungeheuer ist und in der Geschichte der Menschheit kaum ihresgleichen hat. Der gesunde Egoismus der lebenden Generation wird unberücksichtigt gelassen, man opfert diese lebende Generation zu Gunsten der zukünftigen!

Ob diese Opfer berechtigt sind, ob man den Wert der heute lebenden Individuen der Zukunft wegen so unterschätzen darf, — das ist eine Weltanschauungsfrage, die den Nationalökonomen nichts angeht.

Aber was den Nationalökonomen sehr wohl angeht, ist die Frage: werden diese Opfer wirtschaftlich zweckmäßig ausgenutzt? Gewährt das „sowjetische Wirtschaftssystem" eine optimale Verwertung dieser Opfer?

Die Antwort auf diese Fragen kann auf Grund der fünfzehnjährigen Erfahrung nur negativ lauten.

Die Gründe, welche das „sowjetische Wirtschaftssystem" weniger „produktiv" machen als das System der freien Marktwirtschaft sind: 1.) die „Verbürokratisierung" des Wirtschaftsverkehrs und der Betriebe. Die Triebkräfte, wie freie Konkurrenz, privates Interesse, private Initiative, gepaart mit Selbstverantwortlichkeit, die alle den wirtschaftlichen Fortschritt der freien Wirtschaft anpeitschen, sind in der „Sowjetwirtschaft" gelähmt. Eine bürokratische (im schlechten Sinne dieses Wortes) Zwangswirtschaft kann nicht fortschrittlich sein und ist zum Verfaulen verurteilt. Wir haben schon gesehen, welche riesigen Investitionen in den verflossenen 9 Jahren in die Sowjet-Industrie gemacht wurden. Der Wert des stehenden Vermögens der Industrie ist heute (1933) ungefähr dreimal so groß wie der der Vorkriegszeit. Die Zahl der Arbeiter ist ebenfalls bedeutend höher als die der Vorkriegszeit. Und die Resultate? — Das Volk hungert und leidet unter Mangel an allerprimitivsten industriellen Erzeugnissen, die in spärlichen Quantitäten und von unmöglicher Qualität an es verteilt werden. Berücksichtigt man diese ungeheure Qualitätsminderung, so wird man behaupten können, daß die heutige sowjetische Produktion der meisten industriellen Erzeugnisse pro Kopf der Bevölkerung (ausgenommen — Kohle, Naphta und noch einige andere Produkte), trotz verdreifachten stehenden Kapitals und vermehrter Arbeiterzahl, die an und für sich kümmerlichen Vorkriegsmaßstäbe kaum erreicht hat!

Ist das nicht der beste Beweis dafür, daß das „sowjetische Wirtschaftssystem" unproduktiv arbeitet, daß das Volksvermögen und die Volkskräfte unnütz vergeudet werden?

Zweitens — gibt es noch einen Grund, der uns zu behaupten erlaubt, daß die Verwendung des Volksvermögens und der Volkskraft in der Sowjet-Wirtschaft den Grad des wirtschaftlichen Effekts einer freien Verkehrswirtschaft nicht zu erzielen imstande ist. Die freie Verkehrswirtschaft besitzt einen mächtigen Regulator — den Preis, der ihr erlaubt, den Aufwand und Erfolg zu messen und zu vergleichen, und so den optimalen Effekt beim Wirtschaften zu erreichen.

Die Sowjet-Regierung sah aber, daß die freie Preisbildung

der ersten Nep-Jahre unvermeidlich eine ökonomische Ungleichheit und Vermögensdifferenzierung erzeuge. Deshalb versucht sie zum zweiten Male, dem ethischen Prinzip der Gleichheit zuliebe, eine Zwangswirtschaft mit gebundenen Preisen zu organisieren.

Aber die gebundenen Preise sind nicht imstande, die Knappheit der Güter wiederzuspiegeln und die Produktion und die Konsumtion zu regulieren. Die gebundenen Preise können nicht als Maßstäbe der Nützlichkeit der Güter und Dienste fungieren und eine Skala der Bedürfnisse ihrem wahren Wichtigkeitsgrade nach ordnen. Der Aufwand und der Erfolg können nicht in diesen Preisen verglichen werden.

Aber vielleicht besitzt die Sowjet-Regierung, statt des Preisregulators, einen anderen Maßstab, der ihr erlaubt, den Wichtigkeitsgrad der Volksbedürfnisse, den Nutzen der Güter und die Nützlichkeit dieses oder jenen Unternehmens, die Nützlichkeit dieser oder jener Kapitalinvestierung abzuschätzen? Das muß aber auch verneint werden — die Sowjet-Wirtschaft hat keinen anderen Regulator, als die unzulängliche Erkenntniskraft der „Planwirtschaftsführer", die es wagen zu glauben, den Wichtigkeitsgrad der menschlichen Bedürfnisse richtig abschätzen und deshalb die Bedarfsdeckung der Bevölkerung mit einem bestmöglichen Effekt autoritativ regeln zu können. Geblendet durch Selbstüberschätzung sehen sie nicht, daß die subjektiven Empfindungen der Konsumenten fast unmöglich zu messen sind, und daß selbst der materielle Effekt der Wirtschaft weder voraussehbar, noch berechenbar ist. Ich habe schon oben gezeigt, wie diese unzulängliche Erkenntniskraft der sowjetischen Wirtschaftler zu einer quasi Planwirtschaft führt. Des einzigen sicheren Maßstabes des wahren Nutzens der Güter — des freien Preises — beraubt, sind sie zum hilflosen Umhertappen im Dunkeln verurteilt. Die Produktionskräfte der Nation finden nicht ihre optimale Verwendung, wie es in der freien Verkehrswirtschaft, dank der freien Preisbildung geschieht, sondern werden nach einem quasi Plan benutzt, ohne annähernde Gewähr zu haben, daß diese Nutzung den optimalen wirtschaftlichen Effekt, die optimale Deckung der Gesamtheit der Volksbedürfnisse erreicht. In diesem riesigen Kasernenbetrieb (im Gegensatz zu der freien Verkehrswirtschaft) wird nicht das produziert und konsumiert, was sich die Bevölkerung wünscht, sondern was der „Plandiktator" für richtig hält. Und selbst die Dispro-

portionalitäten, die in der freien Verkehrswirtschaft dank des Preisregulators verhältnismäßig rasch aufgehoben werden, reifen hier zu katastrophalen Situationen. Die Gesetze der Wirtschaft lassen sich nicht vergewaltigen und siegen à la longue doch — zum größeren Schaden der Widerstrebenden.

Was sich in der Sowjet-Union unter der Flagge der „Planwirtschaft" heute vollzieht, — ist eine Tragödie der Vergeudung von Volkskraft und Volksvermögen!

Der beste Beweis für diese Verschwendung, für die Fehlinvestitionen, die von den Sowjet-Wirtschaftsführern verschuldet werden, ist die wahllose Errichtung der durch und durch maschinisierten Industriebetriebe. Ich habe schon darüber geschrieben, daß die Hauptursache der sogenannten „agraren Uebervölkerung" und der Armut der landwirtschaftlichen Bevölkerung Rußlands darin besteht, daß in den langen Wintermonaten eine ungeheure Armee von Arbeitskräften freigesetzt wird, die keine Beschäftigung finden. Es ist klar, daß dieser periodisch vorkommenden, saisonbedingten Freisetzung der Arbeitskräfte nur dadurch verhältnismäßig schnell abgeholfen werden kann, daß man industrielle Manufakturen und Kustarj-Betriebe errichtet und nicht die kostspieligen, durch und durch maschinisierten Industriewerke, die mit hohem stehenden Kapital ausgerüstet und mit riesigen fixen Kosten belastet sind. Diese fixen Kosten werden in den Frühling- und Sommermonaten — d. h. in den Monaten, in welchen diese Saisonarbeiter-Bauern in ihre Dörfer zur landwirtschaftlichen Arbeit zurückkehren, was die Industriewerke zur unvollständigen Ausnutzung ihrer Kapazität verurteilt, — auf die eingeschränkte Produktion verteilt und müssen somit zur ungeheuren Erhöhung der industriellen Selbstkosten führen. Auch ist es klar, daß wenn man die riesigen Kapitalinvestitionen, die man bis jetzt vorgenommen hat, zum Ausbau von relativ wenig kapitalbeanspruchenden Manufakturen und Kustarj-Betrieben verwendet hätte, man unvergleichlich mehr Beschäftigung der vor Hunger darbenden Agrarbevölkerung bieten könnte, als durch Errichtung von maschinisierten allermodernsten Werken [1]). Das wollen die heutigen Herr-

1) Die wirtschaftliche Ueberlegenheit und Zweckmäßigkeit der Manufakturen und Kustarj-Betriebe für Rußland wäre noch deutlicher hervorgetreten, wenn man auf die Bindung der Preise für Arbeitskraft und auf die

scher der Sowjet-Union nicht verstehen. Mit echt asiatischer Anbetung jeder technischen Neuerung importieren sie die allerneusten und allervollkommensten komplizierten Maschinen und Anlagen oder lassen sich diese von ausländischen Ingenieuren im Inlande bauen, ohne danach zu fragen, ob es nicht wirtschaftlich zweckmäßiger wäre, sich mit einer primitiven Anlage zufrieden zu geben!

Prof. Schumpeter schrieb in seiner „Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung" (II. Auflage, 1926) S. 17:

> „Die wirtschaftliche Logik siegt über die technische. Und wir sehen deshalb in der Wirklichkeit um uns schadhafte Stricke statt der Stahlbänder, fehlervolle Arbeitstiere, statt der Typen der Ausstellungen, primitivste Handarbeit statt vollkommenster Maschinen, plumpe Geldwirtschaft statt des Scheckverkehrs usw. . . Die wirtschaftlich besten und technisch vollkommensten Kombinationen fallen . . . sehr oft auseinander".

Diese allerwichtigste wirtschaftliche Erkenntnis ist den sowjetischen Wirtschaftsführern fremd geblieben.

Ebenfalls gehen die Gesetze von der „optimalen Betriebsgröße" über ihren Verstand. Die Erkenntnis der modernen Nationalökonomie über die Allgemeingültigkeit des „Gesetzes vom fallenden Ertrage", d. h. sein Gelten sowohl für die Landwirtschaft wie auch für die Industrie, geht an ihren geistigen Augen, die die Seiten ihres marxistischen Evangeliums anstarren, unbemerkt vorbei.

Die sowjetischen Wirtschaftsführer sind vollkommen überzeugt, daß die höchste Wirtschaftlichkeit sowohl in der Landwirtschaft wie auch in der Industrie die größere Betriebseinheit besitzt, und führen diese „Erkenntnis" mit hartnäckigem Fanatismus durch. Man errichtet „Getreidefabriken" und Industriewerke von gigantischen Ausmaßen.

Prof. Franz Oppenheimer hat einmal geschrieben [2]):

---

hohen Tarif-Löhne verzichtet hätte. Zweifellos wäre es für die beschäftigungslosen Bauern viel vorteilhafter, ihre Arbeitskraft billig an die Manufakturen zu verkaufen, als lange Jahre abzuwarten, bis man genügend viel „rationelle" maschinisierte Werke gebaut hat, und inzwischen vor Hunger zu sterben.

2) Frankfurter Zeitung, Nr. 542 (1927), Artikel von Prof. Franz Oppenheimer — „Das Kernproblem des Bolschewismus".

„Niemals hat ein Fachmann von einiger Selbstbesinnung daran gezweifelt, daß es den Sowjets gelingen werde, eine Anzahl von industriellen Großbetrieben nach den besten Mustern der kapitalistischen Welt aufzubauen und im Betriebe zu halten. Diese technische Rationalität läßt sich überall verwirklichen, wo der Wille und die Mittel dazu vorhanden sind, ganz unabhängig davon, von welcher Beschaffenheit die wirtschaftliche Ordnung ist. Der Emir von Afghanistan kann sich gerade so gut eine Eisenbahn bauen wie eine Moschee oder ein Lustschloß in irgendeinem europäischen Stil. Aber Technik ist noch nicht Wirtschaft. . ."

Die Sowjet-Kommunisten pflegen mit Hochmut darüber zu schreiben, daß das Wachsen der sowjetischen Industrie in den letzten 4 bis 5 Jahren sich in einem Tempo vollzieht, das West-Europa und U. S. A. in ihren besten Zeiten unbekannt war [3]). Aber alle diese Vergleiche sind sinnlos! Die kulturellen, technischen, natürlichen und wirtschaftlichen Bedingungen, unter denen sich die Entwicklung der verschiedenen Länder zu verschiedenen Zeiten vollzogen hat, sind vollkommen unvergleichbar. Mir scheint aber, man könne ohne jeden Zweifel behaupten, daß wenn das Schicksal dem heutigen Rußland eine freie Verkehrswirtschaft und auch jenen Grad der Kapitalbildung die die Bolschewiken von der Bevölkerung erzwingen, gegönnt hätte, man einen bedeutend höheren Wirtschaftserfolg und ein bedeutend höheres Entwicklungstempo erzielen könnte, als es gegenwärtig unter der erstarrenden Zwangswirtschaft geschieht.

Dem sozialistischen Ideal zuliebe wird in der Sowjet-Union neue Wirtschaftsordnung aufgebaut, die weniger leistungsfähig ist als die „ungerechte" „kapitalistische" Wirtschaft.

„Mag (in der Sowjet-Union) die Ethik triumphieren,
aber die Oekonomik verhüllt weinend ihr Haupt" [4]).

Nun wird aber ein idealistisch gestimmter Sozialist darauf erwiedern können: Was kümmert mich, daß die sozialistische Wirtschaft weniger produktiv ist als die freie Verkehrswirtschaft, und

3) Siehe z. B. W. Motylew — „Das Problem des Tempos der Entwicklung d. USSR." (russ.), Verlag d. komm. Akademie. Moskau 1929.

4) Franz Oppenheimer, ebenda.

daß in der sozialistischen Wirtschaft die „wirtschaftliche ratio" und „wirtschaftliche Zweckmäßigkeit" aus dem Vordergrunde gedrängt werden! Hat denn für jeden „echten" Sozialisten die Ethik, die seelische Befriedigung der Menschen, die Vernichtung der „Ausbeutung" eines Menschen durch den anderen, der Triumph der „Gerechtigkeit", „Gleichheit" und der gerechten Verteilung des sozialen Produktes nicht das Primat unter den Zielen des menschlichen Lebens?

Nehmen wir an, daß auch die russischen Kommunisten trotz ihrer orthodox-marxistischen, materialistischen Lebensauffassung sich dieser ethischen Begründung der sozialistischen Wirtschaftsordnung anschließen [5]).

Diese Lebensauffassung widerspricht aber der Natur des Durchschnittsmenschen. Damit will ich gar nicht behaupten, daß die altruistischen Triebe der Natur des Menschen fremd sind. Aber derjenige Politiker, der es vergißt, daß die menschliche Natur ein tragischer Komplex von einander widersprechenden egoistischen und altruistischen Trieben ist, bleibt ein Utopist. Gewiß ist es fehlerhaft, den Egoismus der Menschen zu überschätzen, aber einen noch größeren Fehler begeht derjenige Politiker, der diesen Egoismus unterschätzt.

Diejenigen naiven Sozialisten, die glauben, daß es dem Menschen (den Ausdruck von W. Sombart paraphrasierend) lieber ist, in dem sozialistischen Reiche „gesotten" zu werden, als von dem Kapitalismus „gebraten" zu werden, sind gefährliche Phantasten. Doppelt gefährlich sind sie dann, wenn sie versuchen, die Menschen mit Gewalt zu ihrem Glauben an die Vorzüge ihres imaginären glücklichen Reiches zu bekehren. Jede Unterdrückung der natürlichen Triebe muß mit einer Explosion enden.

---

5) Lenin hat geschrieben: „Die einzige Gewähr für die Sicherheit . . . des Sieges über die Bourgeoisie kann nur in der neuen höheren gesellschaftlichen Produktionsmethode liegen".

Man kann aber nicht erwarten, daß die heutigen russischen Kommunisten soviel Mut haben werden, die errungene Staatsmacht freiwillig aufzugeben, nur aus dem Grunde, weil sie erkennen, daß die sozialistische Ordnung weniger produktiv als die freie Verkehrswirtschaft ist. Eher ist schon zu erwarten, daß sie die erwähnte Argumentation der ethischen Sozialisten sich zu eigen machen.

In Westeuropa ist man geneigt, die Passivität des russischen Menschen und seine Gewohnheit zu dulden, zu überschätzen. Die russische Bevölkerung aber ist nicht so sehr ihrer Natur nach passiv wie durch die Zerstreuung auf riesige Gebiete zur Passivität verurteilt. Die russische Geschichte aber lehrt uns, daß Momente kommen, wo der scheinbar ruhige Muschik plötzlich revoltiert, und die Ketten, die sein freies Wirtschaften hemmen, zerreißt. Mit elementarer Kraft erheben sich die auf den weiten Ebenen zerstreuten Massen, werfen sich auf die Städte und fangen an zu brennen, morden, und rauben!

Mögen dem russischen Volke in Zukunft solche Auswege erspart bleiben.

Auszug aus der Literatur.

Aichenwald, A.: Die sowjetische Oekonomik. (russ.) Staatsverlag 1928.

Brutzkus, B.: Die sozialistische Wirtschaft. (russ.) Verlag „Tritemis". Berlin 1923.

Haensel, Paul: Die Wirtschaftspolitik Sowjet-Rußlands. (deutsch) Verlag J. C. B. Mohr, Tübingen 1930.

Ingow, A.: Die Volkswirtschaft der S.-Union und ihre Probleme. (russ.) Verlag „Oekon. Problemy". Berlin 1929.

Kwiring, E.: Abriß der Entwicklung der Industrie d. U.S.S.R. (russ.) Staatsverlag. 1929.

Miljutin, W. P.: Die Geschichte der ökon. Entwicklung der U.S.S.R. (russ.) Staatsverlag. 1928.

Rosenfeld, I. S.: Die industrielle Politik der U.S.S.R. (russ.) Verlag „Plan. chos". 1926.

Segal u. Falj, B.: Die ökonomische Politik der Sowjet-Macht. (russ.) 3. Aufl., Staatsverlag. 1929.

Sammelwerke: Die Grundlagen der sowjetischen ökonomischen Politik — redigiert von W. P. Miljutin. Verlag der Swerdlowschen Universität. Moskau 1927. (russ.)

— Die Industrie und die Volkswirtschaft. (russ.). Erschienen im Verlag „Oek. schisn." 1927.

Strumilin, S. G.: Abriß der sowjetischen Oekonomik (russ.) Staatsverlag 1928.

Tugan-Baranowsky, M.: Geschichte der russ. Fabrik. (deutsch), Berlin 1900.

„Die Kontrollziffern" für die Jahre 1925/26; 1926/27; 1927/28; 1928/29; 1929/30. — erschienen im Verlage „Plan chos." (russ.).

„Fünfjahresplan der Volkswirtschaft für die Jahre 1928/29 bis 1923/33". (russ. — Pjatiletnji plan . .) Verlag: „Plan. chos." 1929.

Lebenslauf.

Ich, Leon Rajcyn, bin am 23. I. 1900 in Rostow am Don in Rußland geboren. Im Jahre 1906 besuchte ich die Volksschule in Zürich. Von 1909 bis 1918 besuchte ich das Stepanow'sche Gymnasium in meiner Heimatstadt Rostow, wo ich auch das Reifezeugnis mit der Auszeichnung (goldene Medaille) bekommen habe. Im Herbst 1918 wurde ich immatrikuliert in der Kommerz-Hochschule in Charkow und blieb dort ein Semester. 1920 belegte ich das 2. Semester an der Kommerz-Hochschule in Rostow am Don. Ab 1921 lebe ich in Deutschland. Im Sommersemester 1923 immatrikulierte ich mich an der Friedrich Wilhelm Universität zu Berlin, wo ich im Hauptfach staatswissenschaftliche Vorlesungen gehört habe. Im Februar 1931 bestand ich mein Doktorexamen an derselben Universität magna cum laude. Für meine Dissertation habe ich das Prädikat „valde laudabile" erhalten.